

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Südkurier. 1945-1954 1948

6 (23.1.1948)

SÜDKURIER

4. JAHRGANG • ÜBERPARTEILICHE INFORMATIONSZEITUNG FÜR DAS LAND BADEN • NUMMER 6

Erscheint Dienstag und Freitag. Adresse: Konstanz, Rosgartenstraße 12
Telefon-Anschlüsse: Redaktion und Verlag Nr. 924, 925, 1130, 1510, 1511

KONSTANZ FREITAG 23. JANUAR 1948

Einzelpreis 20 Pfg. Abonnement bei der Post 1,74 M., durch Träger 1,60 M.
Anzeigenannahme durch alle Geschäftsstellen und Agenturen des Südkurier

Kurz notiert

Der orthodoxe Metropolit in Bayern, Erzbischof Nikolai, wurde von der amerikanischen Militärpolizei unter dem Verdacht, Spionage für die UdSSR betrieben zu haben, verhaftet.

Der Berliner Magistrat hat beschlossen, das Wappentier der Stadt zu entschärfen; der neue Entwurf des Berliner Bären, der weder Zunge noch Klauen hat, muß noch von den Stadtverordneten und von der Alliierten Kommandantur genehmigt werden.

Das kurz vor Kriegsende fertiggestellte Trolckendock VII in Wilhelmshaven, das Schiffe bis zu 50 000 Tonnen aufnehmen konnte, wird im Rahmen der Beseitigung kriegswichtiger Anlagen zerstört.

Das Lyoner Kriegsgericht hat den ehemaligen deutschen General Albert Hipp, den früheren Kommandeur der Kriegsschule in Dijon, sowie den Sturmbannführer Hulf, Chef der Sicherheitspolizei in Dijon, die beide in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden waren, freigesprochen.

Die sterblichen Überreste von Exkönig Viktor Emanuel von Italien wurden in Gegenwart des Exkönigs Umberto, in Alexandria beigesetzt.

Die Regierung von Großbritannien und Frankreich sind übereingekommen, den Benelux-Ländern einen politischen Pakt vorzuschlagen, der sich an den im Frühjahr 1947 zwischen England und Frankreich geschlossenen Pakt von Dünkirchen anschließt.

Der 32jährige holländische Professor für Volkswirtschaftslehre J. R. M. van den Brink ist zum niederländischen Wirtschaftsminister ernannt worden. Er ist der jüngste Minister, der je ins niederländische Kabinett aufgenommen wurde.

Die britische Admiralität gab bekannt, daß demnächst folgende vier britische Schlachtschiffe verschrottet werden: die „Queen Elizabeth“, die „Valiant“, die „Nelson“ und die „Rodney“, sowie der Schlachtkreuzer „Renown“, die für die Erfordernisse des modernen Krieges veraltet seien.

Stalin wohnte einer Leningedenkfeier in der Moskauer Oper bei und erschien damit zum ersten Mal wieder an der Öffentlichkeit, seitdem berichtet wurde, daß er erkrankt sei.

Die arabischen Verluste in Palästina belaufen sich in der Zeit vom 30. November 1947 bis 18. Januar 1948 auf 1222 Tote oder Verletzte, die jüdischen auf 966. Die Engländer haben 153 Mann und ausländische Staaten 27 verloren.

Der Führer des linken Flügels der Liberalen Partei in Griechenland, Hadzibey, sowie ein Mitglied des Zentralkomitees der EAM, wurden auf Befehl des Athener Sicherheitsrates auf die Insel Karia verbannt.

Volksgroß in der britischen Zone verboten

Düsseldorf. Die britischen Besatzungsbehörden haben verboten, in der britischen Besatzungszone Volkskongresse unter der Leitung der kommunistischen Partei zu veranstalten. Das hierüber veröffentlichte offizielle Kommuniqué der britischen Behörden weist darauf hin, daß die Abhaltung von Volkskongressen „einen Umgehungsversuch des Gesetzes Nr. 10 der Militärregierung darstelle“, demzufolge alle politischen Kundgebungen offenen und eindeutigen Charakter tragen müssen. In dem Kommuniqué heißt es dann weiter, die Volkskongresse, die sich als Versammlung aller deutscher Parteien hinstellten, würden von allen Parteien mit Ausnahme der kommunistischen Partei abgelehnt.

Badische Agrardebatte nochmals verschoben

Fernspruch unseres W. S.-Korrespondenten

Freiburg. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Landtagssitzung am vergangenen Dienstag gab der Staatspräsident Kenntnis von den Rücktrittsgesuchen der sozialdemokratischen Minister Dr. Leibbrand und Dr. Nordmann und von seiner schriftlich vorgebrachten Bitte, die Geschäfte bis zur Neubildung der Regierung weiterzuführen. Der erste Punkt der Tagesordnung, die zweite Lesung der Regierungsvorlagen über den Schutz der Sonn- und Feiertage und über die Lohnzahlung an Feiertagen wurde nach der Verlesung der verschiedenen Änderungsanträge vertagt und die Anträge dem Rechtsplenausschuß übergeben.

Nicht viel anders ging es dem mit Spannung erwarteten Hauptpunkt, dem Landesgesetz zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Bodenverteilung und Bodenbenutzung (Agrarreform), das nicht nur die Abgeordneten fast vollzählig, sondern auch das Publikum ausnahmsweise zahlreich hatte erscheinen lassen. Es blieb bei einer anderthalbstündigen Berichterstattung durch das Mitglied des Rechtsplenausschusses, Dr. Zürcher (CDU), nach der so viele Änderungen ausgearbeitet wurden, daß von der eigentlichen Regierungsvorlage recht wenig übrig blieb, und es notwendig wurde, die gesamten Änderungen in einer weiteren Vorlage zu drucken und sie vor der Debatte den Abgeordneten zu übergeben. Die Debatte über das Agrarreformgesetz wurde demzufolge auf einen einstimmig angenommenen Antrag der SPD-Fraktion hin auf Mittwoch, den 4. Februar, 14 Uhr, festgesetzt. Der Parteiausschuß der SPD hatte vor der Sitzung in einer Resolution beschlossen, keine neuen Verhandlungsvollmachten zu erteilen und die Politik der Fraktion zu billigen. Die Sozialdemokraten haben vorläufig noch nicht die Absicht, wieder in die Regierung einzutreten. Die CDU besitzt die absolute Mehrheit, was auch bei der Berichterstattung über die Arbeit des Rechtsplenausschusses zum Ausdruck kam. Die Anträge der Kommu-

Kontrollrat vermied letzte Entscheidung

Sokolowski fordert Auflösung der Bizone — Clay nach Washington abgereist

Berlin. Auf der Dienstagsitzung des alliierten Kontrollrates wurde die Diskussion über die Verhältnisse in der anglo-amerikanischen Zone von General Clay mit der Feststellung eröffnet, die Erfahrung habe gezeigt, daß in der Verwaltung der Zonen eine größere Wirksamkeit herbeigeführt werden müsse. Die Neuorganisation sei lediglich wirtschaftlicher Natur, sie sei nur provisorisch und greife der zukünftigen Gestaltung Deutschlands nicht vor. Clay versprach, weitere Einzelheiten auf der nächsten Sitzung des Kontrollrates bekanntzugeben.

Anschließend verlas Marshall Sokolowski eine vorbereitete Stellungnahme, in der festgehalten wird, daß die Sowjetbehörden sich eingehend mit den Ausführungen Clays, die vor zehn Tagen in Frankfurt gemacht wurden, vertraut gemacht haben. Er schloß daraus, daß die Vereinigten Staaten und England weitere Schritte zur Aufspaltung Deutschlands und zur Errichtung eines separaten westlichen Staates unternehmen. Den neuen bizonalen Behörden seien tatsächlich die Befugnisse einer föderativen Regierung gegeben worden. Unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Notwendigkeit habe man eine separatistische deutsche Regierung geschaffen. Nur Deutsche, die auf eine Spaltung Deutschlands hinarbeiteten, seien zu diesen Besprechungen zugezogen worden, so Adenauer, Schumacher und Pfeiffer.

General Koenig erklärte sodann, er habe noch nicht die Zeit gehabt, Clays Unterlagen zu studieren. Er entnehme jedoch den Ausführungen Clays, daß die bizonale Neuordnung nicht der zukünftigen Gestaltung Deutschlands vorgreife. General Robertson als Vertreter Englands vertrat die Meinung, er glaube nicht, daß man die Worte Clays als Ablehnung für eine deutsche Zentralregierung ansehen könne.

Anschließend zogen sich die vier Militärgouverneure zu einer viertelstündigen internen Besprechung zusammen, worauf die Sitzung aufgehoben wurde.

Sowjetische Forderungen

Von unserem A.G.-Korrespondenten

Berlin. Die politische Aufmerksamkeit konzentriert sich naturgemäß auf die Kontrollratssitzung. Man hält es für ein sehr wesentliches Kennzeichen der politischen Lage, daß die Kontrollratssitzung nicht eine Entscheidung, sondern eine Vertagung brachte, und daß von russischer Seite zunächst eine Überprüfung der von General Clay überreichten Unterlagen formell zugesagt worden ist. Immerhin ist nicht zu verkennen, daß in den sowjetischen Erklärungen ganz bestimmte Vorbehalte und Pläne angedeutet werden, die in der nächsten Zeit auch praktische Folgen haben können.

nisten, die zu fast jedem Paragraphen des Entwurfes vorlagen, wurden ausnahmslos abgelehnt, die der Sozialdemokraten und Demokraten zum größten Teil. Ein weiterer Gesichtspunkt ist die Anpassung des Gesetzes an die Agrarreformen der anderen Länder, um bei einer Dreizonenvereinigung schnelleres Arbeiten zu haben. Man kann die Sitzung am 4. Februar mit Recht mit Spannung erwarten.

Erste Marshall-Hilfe für französische Zone

Washington. Nach Bekanntgabe des Außenministeriums der USA werden die für die ersten 15 Monate des Marshall-Plans vorgesehenen 6,8 Mrd. Dollar zu zwei Dritteln an Großbritannien, Frankreich, die Bizone und Italien verteilt werden. Die Bizone wird 914,5 Millionen Dollar erhalten. Für die französische Zone sollen nach dem Plan 80,4 Mill. Dollar vorgesehen sein. Davon werden 44 Mill. für Getreideeinfuhr, 1,6 Mill. für Zucker, 16,7 Mill. für Baumwolle, 8,7 Mill. für Erdölprodukte, 1,1 Mill. für landw. Geräte, 700 000 Dollar für forstw. Material, 300 000 Dollar für Kaffee abgezweigt. Die Schätzungen weisen außerdem darauf hin, daß 11,5 Mill. Dollar von der französischen Besatzungszone auf Grund der geleisteten Arbeit und der Wareneinfuhr beansprucht werden können.

England wird 1,76 Mrd. Dollar, Frankreich 1,4 Mrd. Dollar, Italien 868 Mill. Dollar, die Niederlande 705 Mill. Dollar erhalten. Für Belgien, Luxemburg sind 223 Mill. Dollar vorgesehen. Beträge unter 200 Mill. Dollar werden für Griechenland, Dänemark, Irland, Norwegen, Schweden und Island bereitgestellt. Das amerikanische Außenministerium weist darauf hin, daß die bekanntgegebenen Zahlen noch durch den Kongreß abgeändert werden können und daß seit Festsetzung der Beträge das Preisniveau um ungefähr 7,5 Prozent angestiegen ist und die Kaufkraft der ausgeworfenen Summen sich um ungefähr 300—400 Mill. Dollar verringert hat.

Das Blatt der Roten Armee, die „Tägliche Rundschau“, hebt denn auch im Zusammenhang mit der Erklärung des Marschalls Sokolowski hervor, daß die Frankfurter Maßnahmen als „eine grobe Verletzung des auf der Potsdamer Konferenz erreichten Abkommens und des Kontrollmechanismus in Deutschland“ gekennzeichnet worden seien. Noch wesentlicher ist ein Hinweis, den das sowjetisch lizenzierte Berliner Boulevardblatt „Berlin am Mittag“, veröffentlichte. Dieses Blatt wird oft benutzt, um in einer unverbindlichen Form bestimmte Auffassungen darzulegen, die je nach Lage der Dinge aufgegriffen oder abgeschüttelt werden können. „Berlin am Mittag“ stellt fest, daß die sowjetische Erklärung die klare Forderung enthält, das Bizonenabkommen zu widerrufen oder es werde unabwendbar zu Folgen kommen, die sich auch im amerikanischen Sektor Berlins bemerkbar machen. Damit wird die Auffassung weiter unterstrichen, die unmittelbar vor der Kontrollratssitzung von sowjetischer Seite angedeutet wurde.

In jedem Falle: Der Zeitpunkt der Entscheidung verschiebt sich mehr gegen das Frühjahr hin und das mag mit gewissen Ernährungsfragen zusammenhängen, nachdem General Clay die Meinung ausgesprochen hat, im Falle eines sowjetischen Vorgehens gegen die Transportwege werde man die amerikanischen Truppen in Berlin auf dem Luftwege verpflegen, die Sorge für die Ernährung der Berliner Bevölkerung aber den Russen überlassen — ein Standpunkt, der innerhalb der Berliner Bevölkerung alarmierend gewirkt hat.

Inzwischen hat der schnelle Abflug General Clays und Botschafter Murphys nach Washington in politischen Kreisen natur-

gemäß weitere Überlegungen hervorgerufen. Man erwartet, daß General Clay nur etwa 8—10 Tage in Washington sein wird, wobei als Zweck seiner Reise eine ganz genaue Festlegung des amerikanischen Standpunktes zur Berlin- und zur Deutschlandpolitik vermutet wird, und zwar eine Abstimmung dieser Politik auch mit den zuständigen Kongressorganen.

Im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung stehen Vorgänge, die zunächst einen rein innerpolitischen Charakter zu tragen scheinen. In Berlin — und zwar im britischen Sektor — begann eine Tagung des interzonalen Deutschen Studentenkongresses, wobei Studentenvertreter der ebenfalls im britischen Sektor liegenden Technischen Hochschule den Grundton angaben: „Wir lassen uns die Kritik nicht mehr verbieten... Wiederaufbau nur ein Scheinbild bei der Entstehung von vier Kolonien in Deutschland... Von den Parteien ist die Jugend sehr enttäuscht worden... Bei der jetzt üblichen Art von Entnazifizierung wird die Erinnerung an Tetzels Ablaßbriefe geweckt...“ Nach solchen scharfen Worten kam es naturgemäß zu Auseinandersetzungen zwischen den Studenten der Westzonen und denen der Ostzone, wobei von Vertretern der Leipziger Universität die Forderung aufgestellt wurde, den Bildungsidealismus des Humanismus und des Christentums das Ideal des marxistischen Sozialismus gegenüberzustellen. Diesem Kongreß wird für die Wahrung der geistigen Einheit Deutschlands über die Zonengrenzen hinweg naturgemäß erhebliche Bedeutung beigemessen, auch wenn das in den Kongreßverhandlungen selbst nicht zum Ausdruck kommen wird.

Neue Dreierbesprechungen über Deutschland

London. Wie man in amtlichen Kreisen erklärt, werden demnächst in London zwischen den französischen, britischen und amerikanischen Vertretern Besprechungen über die deutsche Frage eröffnet werden. Großbritannien wird zweifellos durch den politischen Berater bei General Robertson, Sir William Strang, Frankreich durch Massigli und die Vereinigten Staaten durch Lewis Douglas vertreten sein.

In amtlichen britischen Kreisen läßt man durchblicken, daß die beabsichtigten Besprechungen folgendes zum Ziele haben werden: 1. Dem französischen Vertreter alle Informationen über die administrativen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die von den Generalen Clay und Robertson vor kurzem in Frankfurt befürwortet wurden, zu liefern. 2. Die Frage einer evtl. wirtschaftlichen Fusion der französischen Zone mit der Bizone zu prüfen. 3. Das Problem der politischen Organisation Westdeutschlands zu studieren. 4. Die britische Politik gegenüber Deutschland, das als Einheit angesehen wird, durch die Vertreter Frankreichs und der USA zu prüfen.

Erste Worte Bevin's

London. Vor dem britischen Unterhaus sprach Außenminister Bevin am Donnerstag über die weltpolitische Lage.

Generalstreik in Bayern

Fernspruch unseres C. S.-Korrespondenten

München. Nach wie vor beherrscht die Ernährungsfrage die innerpolitische Situation Bayerns. Die bayerische Staatsregierung hat in einer längeren Erklärung ein Ultimatum des Bayerischen Gewerkschaftsbundes abgelehnt. Sie wies in der Begründung ihrer Ablehnung darauf hin, daß die Erfassungsmethoden für Lebensmittel in Bayern ohnehin schärfer seien als in allen übrigen Ländern der Bizone und daß für die Erfassung aller industriellen und gewerblichen Güter zur Zeit durch das bayerische Wirtschaftsministerium Maßnahmen ausgearbeitet würden, die sich in den kommenden Monaten auswirken müßten. Die bayerische Staatsregierung stellt in ihrer Erklärung abschließend fest, sie sei allen Mißständen bereits mit Energie nachgegangen und werde dies auch weiter tun. Sie bedürfe jedoch eines besonderen Hinweises durch die Gewerkschaften nicht und eine Terminsetzung für ihre Antwort sei für sie unannehmbar.

Diese Antwort der bayerischen Staatsregierung hat sowohl die bayerischen Gewerkschaften als auch die Sozialdemokratische Partei, die sich weitgehend hinter die Forderungen der Gewerkschaften stellt, nicht befriedigt. Am Donnerstag fand eine Sitzung des Bundesausschusses der bayerischen Gewerkschaften statt, auf der die endgültigen Beschlüsse auf die Erklärung der Staatsregierung hin gefaßt wurden.

Als Ergebnis dieser Beratungen wurde am Donnerstag um 15 Uhr durch die Bundesleitung des bayerischen Gewerk-

schaftsbundes der Beschluß gefaßt, alle Gewerkschaftsmitglieder zu einer 24stündigen Arbeitsruhe aufzufordern, die vom 23. Januar 0 Uhr bis zum 24. Januar 0 Uhr andauern soll. Lediglich die allgemeinen Versorgungsbetriebe sind von dieser Anforderung ausgenommen. Im gesamten bayerischen Gebiet wird aus diesem Grunde am Freitag kein Personenverkehr und kein nicht lebenswichtiger Güterverkehr auf den Eisenbahnstrecken stattfinden.

In einer Antwort auf die Verlautbarung der bayerischen Staatsregierung an den bayerischen Gewerkschaftsbund stellt der Bundesausschuß des bayerischen Gewerkschaftsbundes am heutigen Tage fest, daß die Antwort der Staatsregierung in keiner Weise der Tatsachen Rechnung trage, daß unser Volk in zwei Teile zerfalle, nämlich die Besitzenden und die hungernden und frierenden Schaffenden.

Die bayerischen Gewerkschaften stellen dann in einem Aufruf an ihre Mitglieder fest, daß diese Demonstration eine Warnung an alle beherrschenden Stellen sei, die die Gesetze und Verordnungen, welche zur Behebung der Not geschaffen sind, nicht konsequent und rücksichtslos durchführen.

Am gestrigen Tag und die Tage vorher haben auch Besprechungen des bayerischen Bauernverbandes mit Vertretern der Gewerkschaften stattgefunden. Der bayerische Bauernverband hat nach Abschluß dieser Besprechungen erklärt, daß die Forderungen der Gewerkschaften unannehmbar und unmöglich seien.

Fall 11

Von H. C. Goldscheider

In Nürnberg begann der elfte Prozeß, das Verfahren gegen die Wilhelmstraße. Außer führenden Beamten des Auswärtigen Amtes stehen einige weitere Männer in einstweils leitender Position vor Gericht, wie Darré, Meißner, Dietrich, Schwerin-Krosigk. Wie in allen Nürnberger Prozessen lautet auch hier die Anklage auf Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir wollen nicht in den häufigen Fehler der deutschen Presse fallen und den Inhalt der Anklageschrift bereits als erwiesenen Tatbestand ansehen: es ist Sache der Anklagebehörde, verbrecherische Handlungen zu vermuten, und Sache der Richter, die Wahrheit festzustellen, soweit ein Gericht das kann. Hier liegt der Grund zu der geringen Popularität, der sich — es läßt sich nicht leugnen — die Nürnberger Prozesse in der deutschen Öffentlichkeit erfreuen. Es sitzen Sieger zu Gericht, die Angeklagten — und Verteidiger sind Besiegte. Dies macht für beide Seiten diplomatisches Geschick erforderlich, das offenbar nicht immer vorhanden ist. Heute sind diese Prozesse eine rein amerikanische Angelegenheit, im ersten war einer der Richter noch zu Beginn des Krieges mit Hitler verbündet: Rußland. War aber das deutsch-russische Bündnis, über welches jetzt in Washington Dokumente veröffentlicht worden sind, nicht auch ein Verbrechen gegen den Frieden? fragt sich der kleine Mann.

Gerade im Prozeß gegen das Auswärtige Amt ist dies von besonderer Bedeutung. Kriegsverbrechen fallen diesen Angeklagten kaum zur Last und die Anklage hinsichtlich Verbrechen gegen die Menschlichkeit beschränkt sich im wesentlichen auf Mißwirtschaft und diplomatische Hilfestellung. Der Tatbestand aber des Verbrechens gegen den Frieden ist juristisch der umstrittenste. Es liegt nun einmal im Wesen der Diplomatie, den Eventualfall des Krieges bei der Bündnispolitik einzukalkulieren, sowie es Aufgabe eines Generalstabes ist, Kriegsvorbereitungen zu treffen. Es ist nicht immer leicht, juristisch hier die Grenzen des Erlaubten abzuheben. Für die große Masse der Laien sind diese Grenzen fast unsichtbar. Bereits im Herbst 1946 diskutierte die Stuttgarter Privatstudien-Gesellschaft das „Völkerrecht des Nürnberger Prozesses“. Prof. Grewe, damals Völkerrechtslehrer an der Göttinger, jetzt an der Freiburger Universität, war Referent, Rechtsanwalt Küster vom württembergischen Justizministerium Korreferent. Dieser meinte, das Wesentliche sei, daß ein Rechtsbegriff überhaupt einmal aufgestellt werde, auch wenn man nicht sofort alle Verstöße gegen diese Grundsätze bestrafen könne. Denn um Verbrecher zu bestrafen, muß man sie erst haben, und um sie zu haben, einen Krieg beginnen. Das aber sei nun wirklich nicht immer opportun. Die Opportunität habe einen legitimen Platz im Strafrecht, sagte Küster.

Nur dort? Nicht auch und vor allem in der Politik? Betrachten wir das Verhältnis zwischen Stalin und Hitler. Erich Kordt, einer der jüngeren deutschen Diplomaten, hat, wie er selber sagt, den „Versuch“ unternommen, die Außenpolitik des Dritten Reiches an Hand von Dokumenten darzustellen. (Wahn und Wirklichkeit, Union Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart). Nach diesem Buch — es liest sich trotz seiner Nüchternheit wie ein Roman — enthält der deutsch-russische Pakt vom 24. August 1939 bereits die Teilung Polens, bevor der deutsch-polnische Konflikt in sein letztes Stadium getreten war. Jedoch wurde auf ausdrücklichen, persönlichen Wunsch Stalins diese Teilung so geregelt, daß an Rußland lediglich das ukrainische Galizien und weißrussisches Gebiet fiel bis zur sogenannten Curzon-Linie, der ethnographischen Ostgrenze Polens, die 1919 zwar vorgesehen, von Polen aber unter Pilsudski in Ausnutzung der Schwächung Rußlands durch Revolution und weißgardistische Kriege gewaltsam nach Osten vorverlegt worden war. Stalin beschränkte sich also auf eine Revision der Grenzen und verzichtete auf die Annexion fremder Gebiete, wobei zu beachten ist, daß sich auch Großbritanniens Garantie an Polen nur auf das eigentliche Polen bezog.

Bei den vor den deutsch-russischen Verhandlungen bereits begonnenen Besprechungen der Engländer und Franzosen mit Stalin war keine Einigkeit darüber zu erzielen gewesen, wie eigentlich im Konflikt-fälle Rußland Polen unterstützen könne; denn das damals durchaus faschistische Polen weigerte sich, russische Truppen in Polen einmarschieren zu lassen. So konnte daraus gar nichts werden. Es bleibt allein die heute nicht mehr lösbare Frage, ob Stalin gegen beide Seiten neutral bleiben konnte.

Eine objektive, d. h. aber eine juristische Klärung dieser Frage ist unmöglich. Der Staatsmann muß mit den Konstellationen des Augenblickes rechnen und auch mit solchen, welche vielleicht nur in seiner Ein-

*) Die Diskussion erschien im Verlag von Ernst Klett, Stuttgart.

bildung existieren. Was real und was unreal war, kann die Geschichte erst entscheiden — am Erfolg. Und das bleibt immer eine fragwürdige Entscheidung. Für den Richter darf nicht der Erfolg, für ihn darf nur das Recht entscheidend sein. Die Tatsache, daß Hitler schließlich auch den Vertrag mit Rußland brach, ändert nichts an dem Faktum, daß dieses sich an der Beute — allerdings nicht am Kriege, zwischen Deutschland und Polen beteiligte. Nur wenige sind in der Lage, sich über so verwickelte Probleme ein hieb- und stichfestes Urteil zu bilden. Daher kann man die große Masse dafür nicht schuldig sprechen. Es hat schon einen tiefen Grund, wenn heute völkerrechtlich die Staatsführer selbst zur Rechenschaft gezogen werden, obwohl sich bislang das Völkerrecht nur auf Staaten, nicht auf Personen bezog, weil die Personen nur im Auftrag des Staates handeln. Sobald jedoch eine parlamentarisch wirksame Kontrolle der

Staatsführung nicht mehr möglich ist, wie in einer Diktatur, kann man das Volk nur noch sehr bedingt als handelnd ansehen. Auch Deutschland gehört zu den Opfern Hitlers. Und wenn es für Stalin 1939 Gründe der Opportunität gegeben hat, so gab es solche auch für viele Deutsche, welche Hitler so bekämpften und beseitigten wollten, daß der Schaden, der dabei entstehen mußte, so klein als möglich war. Erfolgreiche Ansätze dazu wurden durch opportunistische Politik besonders Großbritanniens gestört: vor der Sudetenkrise war die deutsche Generalität bereit zum Staatsstreich, aber Chamberlain flog nach Berchtesgaden. Auch er hatte seine Gründe — und Hitler siegte...

Wo es sich aber um Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt, gibt es keine Gründe und keine Opportunität, nur Gesetze, die schon ungeschrieben vor Nürnberg gültig waren.

Fettkrise vor dem Wirtschaftsrat

Fernspruch unseres J. F.-Korrespondenten

Frankfurt. Auf der 10. Versammlung des Wirtschaftsrates wurde ein vom Ausschuss für Ernährung eingebrachter Dringlichkeitsantrag, mit sofortiger Wirkung die Belieferung von Butter an Selbstversorger für sechs Wochen einzustellen, angenommen. Durch diese Maßnahme sollen 5050 Tonnen Butter eingespart werden, das sind 27 Millionen Normalverbraucherrationen. Diese sollen den Notstandsgebieten an der Ruhr und den Großstädten zugute kommen. Aber auch hier bessert sich die prekäre Fettlage nur sehr gering, da inzwischen die Rückstände für nichtbelieferte Karten so sehr angewachsen sind, daß zu ihrer Deckung die gesamte Sechswochenration der Bizone herangezogen werden muß. Den jetzt von der Ablieferung betroffenen Selbstversorgern bleibt das Ausweichen auf Schlachtfette offen. Ferner wurde die Einsetzung eines Staatskommissars für Molkereien verlangt, da der Schwarzmarkt immer noch tonnenweise mit Butter beliefert werde. Die SPD stimmte dem Rückgriff auf die Selbstversorger zu, warf aber den Ministerpräsidenten vor, sie seien der Fettkrise in Richtung des geringsten Widerstandes ausgewichen. Abgeordneter Dr. Bugartz (FDP)

warf dem Direktor für Ernährung vor, die Fettschwierigkeiten zu spät erkannt zu haben. Abgeordneter Becker (KPD) wollte von der Ablieferungslage die Landarbeiter ausgenommen und sie nur auf den Kreis von Selbstversorgern angewandt wissen, die hausgeschlichtet haben.

Der Wirtschaftsrat behandelte dann ein Gesetz zur Auflösung des Reichsnährstandes, wonach die Landes- und Kreisbauernschaften, die Hauptvereinigungen sowie alle sonstigen auf Zwangsmitgliedschaft oder Zwangsbeitragspflicht beruhenden Zusammenschlüsse des Reichsnährstandes zu gehörigen Betrieben aufgelöst werden. Das Gesetz wurde in der zweiten Lesung en bloc und einstimmig angenommen. Dr. Schlange-Schöningen bezeichnete das Gesetz als einen Friedensbeweis gegenüber dem Ausland, als die Beendigung eines Diktaturinstrumentes und als Bauernbefreiungsgesetz. Heute gelte es, so führte er weiter aus, das den Tuberkeln verfallene Volk über die nächsten drei Monate zu bringen. Man möge uns die Möglichkeiten geben, von Kopenhagen über Zürich bis Ankara nach Fett zu suchen, wir werden es finden.

Industrielle in Südwürttemberg entnazifiziert

Tübingen. Die südwürttembergische Staatsregierung gibt bekannt, daß nach Einholung der Stellungnahme der deutschen Säuberungs-Institutionen billigte die Militärregierung, daß folgende Säuberungsmaßnahmen getroffen werden: Der Direktor der Firma Dornier-Werke, Claude Dornier, erhielt eine Geldbuße von 300 000 RM. Gleichzeitig wird ihm die Wahlbarkeit aberkannt, ebenso die Übernahme öffentlicher Ämter und Ehrenämter.

Hugo Eckener, Direktor der Zeppelin-Werke, hat eine Buße von 100 000 RM zu zahlen. Es wird auch ihm jede leitende Tätigkeit auf die Dauer von fünf Jahren untersagt. Die Sühnemaßnahme schließt die Aberkennung des Wahlrechts und der Wahlbarkeit auf die gleiche Zeitdauer ein. — Gegen den Sohn von Dr. Eckener, Knut Eckener, wurde eine Geldbuße von 12 000 RM verhängt. Knut Eckener, der Geschäftsführer der Dornier-Werke war, wird ebenfalls jede leitende Tätigkeit auf die Dauer von fünf Jahren untersagt.

Dr. Karl Maybach, der Geschäftsführer der Maybach-Werke, ist eine Geldbuße von 200 000 RM auferlegt. Auch ihn trifft die Aberkennung des Wahlrechts, der Wahlbarkeit und die Untersagung jeder leitenden Tätigkeit auf die Dauer von fünf Jahren. Der Ingenieur Fritz Rommel in den Maybach-Werken wurde mit einer Geldstrafe von 100 000 RM und Aberkennung des Wahlrechts und der Wahlbarkeit auf die Dauer von fünf Jahren belegt.

Der Direktor der Zeppelin-Werke, Ludwig Duerr, ist als einziger ohne Maßnahme aus dem Säuberungsverfahren hervorgegangen.

Wie der „Südwestkurier“ erfährt, ist bisher Dr. Eckener die Urteilsbegründung nicht mitgeteilt worden. Auch wurde er im Untersuchungsverfahren nicht gehört.

Nur ein Krupp-Verteidiger verurteilt

Nürnberg. Das amerikanische Militär-Gericht III verurteilte nach mehr als zweitägiger Verhandlung 5 Anwälte des Krupp-Prozesses und schloß einen, Dr. G. Geißler, von jeglicher Teilnahme an weiteren Verfahren aus. Die 6 Verteidiger hatten als Protest gegen die Zurückweisung des Antrages eines ihrer Kollegen den Gerichtssaal gemeinsam verlassen.

Richter Anderson gab dem Wunsch Ausdruck, daß die verurteilten 5 Verteidiger von nun an zu einer ordentlichen Prozessführung beitragen mögen. Die Ehrfurchung, mit der Dr. Geißler seinen Voratz, sich nicht zu entschuldigen, begründet hatte, könne von dem Gericht nicht anerkannt werden.

100 000 streikten in Köln

Köln. Über 100 000 Arbeiter und Angestellte von 200 Betrieben im Kölner Gebiet haben am Mittwochmorgen aus Protest gegen die mangelhafte Ernährungslage die Arbeit für 24 Stunden eingestellt. Lediglich die Bergleute im Braunkohlengbiet

geschlungen, sie hat ein Jungmädchenkleid an, und das Haar fällt ihr weich auf die Schulter. „So gefällt du mir“, sagt er und schiebt ihr das Bild hin.

Da steigt ihr zum erstenmal eine zarte Rote in die Stirn, und ihre Hände, die das Bild aufnehmen, verstrahlen eine bezaubernde winzige Unsicherheit. „Soll ich heute vielleicht noch so herumlaufen?“ fragt sie, „am Ende mit Zöpfen?“ Er lächelt und hat nichts dagegen, daß sie das Bild in ihre Tasche steckt.

Zwei Tage später bekommt er es wieder. Mit der Post. Auf der Rückseite steht: „Remember me! Das heißt: Die Frisur spielt keine Rolle; ich hab dich genau so lieb wie damals! Anja, stattd. gepr. Dolmetscherin.“

Zeitgenössische christliche Kunst

Die am Sonntagvormittag im Konstanzer Westendberg-Haus eröffnete Ausstellung vereinigt Werke zeitgenössischer christlicher Kunst aus dem süddeutschen Raum. Mit dieser Schau will die Gesellschaft für christliche Kunst, München, und zwar die fortschrittliche Richtung, die sich nach dem ersten Weltkrieg bildete, der Öffentlichkeit zeigen, in welchen schweren Spannungen zwischen Tradition und Modernität heute um die Schaffung einer neuen christlichen Kunst gerungen wird. Wer also bei den ausstellten Werken eine konservative Beschrankung auf herkömmliche Stilmittel erwartet, wird erstaunt sein, in welchem Maße moderne Ausdrucksmöglichkeiten verwendet sind. Wie Dr. Leiner, der Vorsitzende des Konstanzer Kunstvereins, bei Begrüßung der Gäste betonte, ist der bildenden Kunst gerade eine solche Wirkungsmöglichkeit gegeben, wie sie die Kirche bietet, so daß auch diese ihrerseits nicht an deren Vorübergehen kann, die eine heute gültige Aussage in der Kunst suchen.

Bei aller Aufgeschlossenheit gegenüber der Entwicklung der modernen weltlichen Kunst verweigert hier jedoch die Ehrfurcht vor dem Dargestellten ein allzu kühnes Experimentieren. Gerade dadurch erweist sich aber, welche bleibende Bereicherung der Kunst diese neuen Ausdrucksmittel bei maßvoller Anwendung bilden können. Auch noch von einer anderen Seite wird einem die moderne Malerei durch die Aus-

stellung nahegebracht; indem man nämlich vor verschiedenen Bildern, u. a. den Werken der beiden Konstanzer Breinlinger und Sepp Biehler, erkennen muß, wie stark gerade viele scheinbare Neuerungen, so die Zerlegung der Farbe und die volle Auswertung ihrer Leuchtkraft oder eine freiere Behandlung der natürlichen Proportionen, in ältere Stilepochen der christlichen Kunst zurückweisen.

Es kommt nicht nur auf Bekenntnis, sondern auf Leistungen an, erklärte der Vertreter des bayerischen Kultusministers, Min.-Dir. Keim in seiner Eröffnungsansprache und eine Fülle von künstlerisch außerordentlich hochwertigen Arbeiten belegt das Vorwalten dieser Richtlinie bei der Auslese der Werke. Ein Abendmahl von Adolf Jutz, mit impressionistischer Technik in stilistisch älteres Halbdunkel gemalt, ist die repräsentativste Arbeit in Oel. Die stärkste zeichnerische Begabung zeigen Josef Bergmann in einer Rötstudie und in Handzeichnungen und vor allem Karl Caspar, mit seinen Feder- und Kohlezeichnungen „Schlafende Jünger“, in denen durch meisterhaft übersteigerte Bewegung der Linien eine große innere Spannung deutlich gemacht wird. Unter den plastischen Werken wirkt eine Apostelgruppe von Karl Hemmeler besonders durch die vollkommene Verdrückung des ganzen Ausdrucksgehaltes der Gruppe in den Gesichtern der Apostel.

W. Quenzer

III. Symphonie-Konzert im Konzil

Es war ersichtlich, daß das Städtische Orchester bei seinem 3. Symphoniekonzert im Konstanzer Konzil diesmal sehr viel guten Willen und eine gründliche technische Vorbereitung mitbrachte. Schade nur, daß die Fühlung mit dem Freiburger Stadtkonzert Dr. Anton Schaefer sich nicht so eng gestalten konnte, um wirklich alles das, was an technischer und musikalischer Bereitschaft im Orchester steckte, herauszuholen. Dazu ermangelte die Stabführung des Dirigenten des nötigen Feuers und des mitreißenden musikalischen Impulses. Wir sagen nicht zu viel, wenn wir eine manchmal förmlich greifbare Spärlichkeit des Klangraumes der zu behutsamen, akademisch trockenen und so gar nicht anpackenden Ausdeutung des Orchesterleiters zuschreiben. Einleitend hörten wir Guckpartie, von erhabenster Seelenhoheit getragene Altkiste-Ouvertüre in guter klanglicher Ausformung, die gleichwohl mehr biesamen Fluß getragen hätte. Der Solist des Abends,

und die in wichtigen Versorgungsbetrieben Beschäftigten beteiligen sich nicht an dem Streik. Der durch die Arbeitsniederlegung entstandene Produktionsausfall bei den großen Werken soll nach allgemeinen Schätzungen sehr hoch sein. Auch die Verkehrslage ist durch den bereits drei Tage andauernden Streik der Kölner Straßenbahnen äußerst angespannt. Nach Mittelnungen aus den Gewerkschaften sind vor den Betrieben Streikposten aufgestellt, um Arbeitswillige zurückzuhalten.

Nur in der chemischen Großindustrie sind die lebenswichtigen Stationen besetzt, damit die Ausgangsgrundstoffe nicht verderben. Am Donnerstagmorgen wurde von allen Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen.

Deutscher Katholikentag in Mainz

Mainz. Der 72. Deutsche Katholikentag wird 1948 in Mainz stattfinden. Am 2., 3. und 4. September sind Delegiertentage, während der Sonntag (5. September) für öffentliche Reden und Kundgebungen bestimmt ist. Im Rahmen des Katholikentages sind mehrere größere kulturelle Veranstaltungen geplant.

Geheime Unterredung Spaak — Leopold III.

Genf. In der Umgebung von König Leopold III. wird erklärt, daß der König unter strengster Geheimhaltung den belgischen Ministerpräsidenten und Außenminister Paul Henry Spaak empfangen hat. Ueber den Inhalt der Unterredung werden keine Angaben gemacht. Sogar die schweizerische Bundespolizei, sowie gut informierte Kreise der belgischen Kolonie in Genf, versichern, keine Kenntnis von der Anwesenheit Spaaks gehabt zu haben.

Genf. Ein Mitglied des Gefolges des im Exil belgischen Königs Leopold erklärte, König Leopold habe sich damit einverstanden erklärt, zugunsten seines Sohnes, des Prinzen Baudouin, auf den Thron zu verzichten. Der König soll diese Vereinbarung bei seinem Zusammenreffen mit dem belgischen Premierminister Spaak getroffen haben. Die Vereinbarung sieht vor, daß König Leopold „historische Satisfaktion in einem ganz bestimmten Punkt“ erhält, und daß Spaak das belgische Volk öffentlich davon in Kenntnis setzt, daß das Königsproblem „gütlich gelöst“ worden ist. Prinz Baudouin, der nach diesem Bericht Thronfolger werden soll, ist erst 17 Jahre alt.

Die Schlacht bei Korinth

Athen. Der am 17. Januar von 1000 Partisanen gegen Platanos in Naupaktien bei Korinth begonnene Angriff wurde in 32stündigen erbitterten Kämpfen abgeschlagen. Die Partisanen verloren dabei über 250 Tote und 100 Gefangene. Verstärkungen der Regierungstruppen verfolgen die nach Norden zurückweichenden Partisanen, die von Jagdflugzeugen bedrängt werden.

„Aus dem Leben eines Landesprüfers“

Zu unserem unter dieser Überschrift in Nr. 3 veröffentlichten Bericht werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß die Angaben über den Kartoffelbestand einer Landgemeinde des Kreises Stollach niedergeschrieben wurden, als die Aktion im Anfangsstadium war. Dieser Satz wird vom Berichterstatter deshalb nicht aufrechterhalten. Er steht aber in vollem Umfang zu den übrigen Teilen des Berichts, vor allem zu den schwerwiegenden Tatsachen im dritten Absatz.

Zur Klärung von Anfragen über die Stellung von Landwirtschaftsminister Schill zu dem in Nr. 3 erwähnten Kontrollurteil wird auf die Äußerung des Landwirtschaftsministers vor dem Badischen Landtag (12. Plenarsitzung vom 20. 11. 47) hingewiesen, die in Nr. 94 vom 2. 12. 47 im „Südwestkurier“ erschien, wobei Minister Schill erklärte, daß dieser Kontrollurteil nicht dem Landwirtschaftsministerium angehöre.

Hans Volkmann (Lugano), vermochte uns Dvoraks herrliches Cellokonzert h-moll op. 104 als Erlebnis mindestens soweit zu vermitteln, um die Differenz zwischen Erleichtertem und Zu Erreichendem nicht allzu fühlbar werden zu lassen. Der Cellist verfügt über eine an sich sehr schöne und weiche, leider nicht immer saubere und durchgreifende Tonbildung und eine gediegene Technik, der gestalterisch allerdings die Großräumigkeit, die Intensität und die für Dvorak unerläßliche dynamische Schwungseligkeit abgeht. Von der Schwierigkeit wirklich elischer Akzentuierung und einer überzeugenden agogischen Gestaltung Dvoraks, gerade im Wechselspiel zwischen Solist und Orchester, wollen wir dabei ganz absehen. Mozarts grandiose Jupiter-Symphonie mit dem Trippelfugenthema bildete einen erfreulicherweise strenger angepackten Abschluß, wenngleich wir auch oben geäußerten Bedenken aufricht erhalten müssen. Von rhythmischen Verzögerungen abgesehen, ließen die Streicher etwas von der alten Prägnanz durchleuchten, und die Bläser, die schon im Satzschluss des Dvorakschen Finales durch eine klanglich präzisere Formung auffielen, hielten sich im allgemeinen recht gut. Die zahlreichen Zuhörer spendeten herzlichen Beifall.

Dr. G. Lenzinger

DIE MEINUNG DER PARTEIEN

CDU

Der Fall „Semler“

Das Echo der Erlanger Rede Dr. Semlers, des Direktors der Wirtschaftsverwaltung beim Wirtschaftsrat, war stark und dauert unvermindert an. Ohne in irgend eine Weise einer endgültigen Klärung des Falles vorzueilen zu wollen, verlohnt es den Blick auf gewisse Kreise zu lenken, die Dr. Semler, der der CDU angehört, ins Kreuzfeuer der parteipolitischen Auseinandersetzung ziehen möchten und daher die Erlanger Rede zum Vorwand ihrer Angriffe nehmen. Man erinnert sich, daß eine Reihe von Zeitungen erst unlängst schwere Anwürfe gegen Dr. Semler erhoben hatten, die zum größten Teil augenfällig geschmacklos waren, und später dann als „auf heillosen Kombinationen beruhend“ durch den Wirtschaftsrat entlarvt wurden.

Die lautesten „Kritiker“ Dr. Semlers finden sich in jenen Kreisen, die mit viel Stimmenaufwand den Zusammenbruch der von den CDU-Direktoren geleiteten Wirtschaftspolitik für Ende des Jahres 1947 angekündigt hatten. Darum richtet sich die Enttäuschung und die aus parteipolitischen Enge geborene Abneigung gegen einen Mann, der im Begriff steht, die damals von seinen parteipolitischen Gegnern als unlösbar bezeichneten Aufgaben dennoch zu meistern. Daß dies in einer wenig fairen Art geschieht, nimmt weiter nicht wunder, wenn man die bisherigen Versuche, die Person Dr. Semler in Verfall zu bringen, betrachtet.

Bevor man zu einer massiven Kritik übergeht, sollte man die Rede kennen! Die Generale Clay und Robertson haben sich ihre endgültige Stellungnahme vorbehalten, bis sie die Rede im Wortlaut durchgearbeitet hätten. Es kann nur als reichlich vorläufiges Handeln bezeichnet werden, wenn deutsche Politiker und Publizisten — offenbar auf der scharfen Erklärung eines Sprechers der Militärregierung — fufend, der laut „Dena“ von einem „verdammten Erzlägner“ gesprochen hat — zu Angriffen auf Dr. Semler übergehen, ohne mit dem vollen Inhalt der Rede vertraut zu sein. Das vorgegebene Interesse an den deutsch-amerikanischen Beziehungen kann dabei die wahre Absicht nur schlecht verdecken. Unter dem Mantel einer Begründung wird eine stark parteipolitisch gefärbte Polemik ins Volk getragen.

Eine offene und gerade Aussprache wird von jedem begrüßt werden, wie auch eine mit sachlichen Argumenten operierende Kritik jederzeit willkommen ist. Schmähsätze nach der einen und plumpe Anbiederungsversuche nach der anderen Seite sollten aber nicht mit Kritik verwechselt werden. Selbst die mit wenig Geschick umworbene amerikanische Militärregierung wird von dem demokratischen Recht der Meinungsäußerung etwas anderes erwarten als unterwürfige Ergebnisse und Dankerkärungen.

Auf Anregung der CDU hat Dr. Semler ein ausführliches Memorandum ausgearbeitet, welches die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft aufzeigt, um die dringenden Forderungen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau zusammenstellt. Der Hauptausschuß des Wirtschaftsrates hat dieses Memorandum einstimmig akzeptiert und Dr. Semler hat dann dieses Memorandum bei der Besprechung zwischen den Generalen Clay und Robertson und den Vertretern des Wirtschafts- und Exekutivrates sowie den Ministerpräsidenten vorgelegt.

Gemeindewahlen in einem Pariser Außenbezirk

Paris. In dem Pariser Arbeiterviertel Malakoff fanden am Sonntag Neuwahlen für die kürzlich aufgelöste Gemeindevertretung statt, denen man mit größter Spannung entgegen sah, weil man aus ihrem Ergebnis einen interessanten Hinweis auf die jüngste innerpolitische Entwicklung in Frankreich erwartete. Nach dem vorliegenden Wahlergebn haben die Kommunisten mit 6282 Stimmen 13 Sitze erhalten, die gaullistische Sammlungsbewegung mit 4284 Stimmen 9 Sitze und die in der sogenannten „Dritten Kraft“ zusammengefassten Mittelparteien (Sozialisten, Volkrepublikaner und Radikalsozialisten) mit 2417 Stimmen 5 Sitze. Gegenüber den letzten Gemeindewahlen vom 19. Oktober hat die „Dritte Kraft“ einen Stimmenzuwachs von 133 aufzuweisen, die Kommunisten haben 101 Stimmen gewonnen, die gaullistische Sammlungsbewegung hat 604 Stimmen und einen Sitz verloren. Malakoff ist nur ein verhältnismäßig

kleiner Wahlbezirk. Auch darf man nicht übersehen, daß es sich hier um ein Pariser Arbeiterviertel handelt, in dem die Kommunisten von jeher eine starke Position hatten. Andererseits haben alle Parteien, und zwar nicht nur die Kommunisten, sondern auch die gaullistische Sammlungsbewegung und die „Dritte Kraft“ diesmal ihre besten Redner vorgeschickt und außerordentliche Anstrengungen gemacht.

Die deutsch-russischen Beziehungen

Washington. Das amerikanische Außenministerium veröffentlichte die Dokumente des deutschen Außenministeriums über die deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1939 bis zum 21. 6. 1941. Unter den Dokumenten befinden sich die Aufzeichnungen der Konferenzen zwischen Hitler und Molotow über die Aufteilung der Welt in sowjetische, deutsche italienische und japanische Einflusssphären und der Debatten über die Teilung des britischen Empires.

Romantik, den Oswald Pfanzelberger farbenfroh geschaffen hat, kann es einem antun. Und herzhafte gut und zuversichtliche Gedanken fließen dem Kalendermann aus der Feder, der den wohlgenährten Lesern in einer „Standrede des Bots vom Oberland“ kund und zu wissen tut, wie er Zeit und Zeitelemente ansieht. Man merkt, daß er selber ein echter „rechter Oberländer“ ist, der Kalendermann. Auch daß der Bots vom Oberland sich vor dem Klassiker der heimischen Kalenderdichtung, eben vor Hebel, gemächlich verbeugt, trägt ihm Zustimmung ein. Nicht minder sicher kann der zu Konstanz beim Rosgarten-Verlag (Curt Weller & Co) einlozierte Bots auf Beifall bei jung und alt rechnen mit den anderen Lesestücken, die er in seine Tasche gestopft hat. Im übrigen ist unser Kalendermann ein unbekannter Mann, weiß, daß Friedrich Mündling recht hat, wenn er zum Gestalter eines Volkskalenders hat, ein Berufener für eine Aufgabe, der er nicht nur seine schriftstellerischen Fähigkeiten widmet, sondern auch sein ganzes, reichstündiges altemännisches Menschentum. Das bezeugt nicht zuletzt auch seine Schilderung der „achtundvierziger“ Geschehnisse vor 100 Jahren und ihre Deutung vom Politischen der Gegenwart her. Auch sonst fehlt nicht, was man in einem Kalender für Stadt und Land finden hofft. Vor allem auch mit mancherlei praktischen Ratschlägen und Hinweisen empfiehlt sich der Bots vom Oberland und wartet dazu mit freundlichen „Heilen“ auf, die besinnlicher Betrachtung wert sind. Kurz, in dieser Tage Trübnis und Dürstertum wird dieser neue Kalender froh und zuversichtlich zu stimmen.

Hieronymus

Einem Kalender zum Willkomm

Mancherlei, was es vor dem unseligen aller Kriege gegeben hat, ist für immer dahin. Daß man aber bei uns im Badischen für ewig auf gute, behagliche Kalender sollte verzichten können, das würde wohl niemand zu prophezeien wagen. Der Urwahrer der deutschen Volkskunde, Heinrich Wilhelm Riehl, hat von unserer ehemaligen Heimat nicht von ungefähr als vom „klassischen Land der Kalender“ gesprochen. Vom unwürdigen „Ewigwährenden“ Grimmelshausen über Johann Peter Hebel, Rheinländischen Hausfreund — mit der klassischen aller Kalenderanekdoten, dem „Kannitverstan“ — über die achtundvierziger Jahreshäfte Zittels, Auerbachs u. a. bis zu Albert Bürklins Lahrer „Himnendem“, der in Hunderttausenden Jahr für Jahr über die ganze Erde ging, fand die badische Kalenderwelt immer wieder erneut ihre Bestätigung. Vorab dem Schreibfieber im Alemannischen steckt das Kalendermachen im Blut. Das bezeugt auch „Der Bots vom Oberland“, den diese Zeilen mit aller Freude willkommen möchten. Schon der Umschlag voller phantasierender Symbolik und heimischer

KP

Karl Liebknecht — Rosa Luxemburg

„Dieser Krieg“, sagte Karl Liebknecht in der denkwürdigen Reichstagsitzung vom 2. Dezember 1914, „den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes.“ Unter Protest gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.

Es ist nützlich, sich diese Worte gerade jetzt ins Gedächtnis zu rufen. Hat sich inzwischen etwas geändert in unserem Lande? Als Quintung für seine mutigen Worte wurde vier Jahre später Karl Liebknecht und mit ihm Rosa Luxemburg von politischen Gegnern ermordet. Reichswehr-offiziere, die Liebknecht im Hotel Eden in Berlin verhaftet hatten, verurteilten ihn in ein Auto und erschossen ihn auf dem Weg nach Charlottenburg „auf der Flucht“. In der gleichen Nacht wurde Rosa Luxemburg nach schweren Mißhandlungen durch Soldaten getötet und ihre Leiche in den Landwehrkanal geworfen.

Alljährlich gedenken wir an diesem Tage unserer großen Toten.

Frankfurt — was nun?

Auf einer Preskonferenz der Kommunistischen Partei, die durch das Verbot des Parteitagess „Unser Tag“ bedingt war, entwickelte Erwin Eckert den Standpunkt der Partei zu den brennenden Tagesfragen. Nach wie vor lehnen wir jedes Projekt (und sei es noch so verschleierte) eines Weststaates ab. Ebenso den Standpunkt Dr. Schumachers, der die Verantwortung der Alliierten zuschieben möchte. Wir fordern eine Volksabstimmung und hätten die Bildung einer nationalen Repräsentation, wie sie durch Dr. Friedensburg geplant und durch Dr. Schumacher vereitelt worden war, ehrlich begrüßt.

Trotz der Ablehnung der bürgerlichen Parteien in den Westzonen und der SPD halten wir die Bestrebungen des Volkskongresses für richtig. Auch in der französischen Zone sollte durch eine gemeinsame Manifestation aller Parteien der Wille der deutschen Bevölkerung nach Wiederherstellung der deutschen Einheit bekundet werden.

... versteht man nicht?

„Die Politik der Kommunisten versteht man einfach nicht“, so lassen wir vor acht Tagen im Demokratenbrief an dieser Stelle. Sind wir wirklich so schwer zu verstehen? Wir rufen auf zum Kampf gegen die Teilung unseres Vaterlandes — die Demokraten sagen, sie seien auch dagegen, aber lehnen eine nationale Repräsentation und den Volkskongress ab. Wir kämpfen für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben — die Demokraten sagen, sie seien auch für Demokratie, aber fordern den Herrn-im-Hause-Standpunkt für die Unternehmer. Wir haben 1933 gegen Hitler und Hindenburg gekämpft — die Demokraten sagten damals, sie seien auch dagegen, aber uns hat man eingesperrt, nicht die Demokraten. Und wofür sind heute die Demokraten? Für Freiheit? Das ist ein vager Begriff, und wir möchten bloß wissen, in welchem gesegneten Land der Erde sie anzutreffen ist.

Die Dolmetscherin

Von Friedl Eidens

Sie treffen sich um vier Uhr an derselben Straßenecke wie früher. Die Kastanienbäume stehen noch da, die Häuser sind zu Schutthaufen geworden — es sind immerhin drei Jahre vergangen, seit sie sich zum letztenmal hier trafen. Inzwischen ist manches anders geworden, manches ist geblieben; auch vor drei Jahren ließ sie ihn sechs Minuten warten, genau wie heute.

„Entschuldige“, sagt sie ein bißchen atemlos.

„Ich weiß“, lächelt er, „die Straßenbahn — oder stimmt es nicht?“

Und nun lachen sie beide, der erste gefährliche Augenblick des Wiedersehens ist überbrückt, und ohne Zaudern schlagen sie den vertrauten Weg durch die Alleen ein. Es ist wirklich alles wie früher. Sie reden belangloses Zeug und beobachten einander verstanden. Ich glaube, er ist noch gewachsen, denkt sie, und sein Gesicht ist anders geworden. Vor acht Tagen ist er erst aus der Gefangenschaft gekommen.

Sie hat sich verändert, überlegt er, — die Frisur natürlich, hochgekämmt. Sie ist eine Spur zu elegant angezogen, ihr Mund ist eine Spur zu rot. Ob das mit der Dolmetscherei zusammenhängt? Vor drei Jahren ging sie noch in die Schule.

„Gehen wir in ein Kino?“ fragt er. Sie gehen ins Kino, das haben sie früher auch getan. In der Wochenschau landen strahlende deutsche Bräute in Amerika.

„Gehst du auch bald rüber?“ flüstert er. „Vermutlich“, flüstert sie zurück — und mit einem leisen Lachen: „Take it easy! — Nimm's leicht!“ — Das war ein billiger Trümpf, aber es gibt ihm doch einen Stich. Wie sie das hinsagt —

Nach dem Kino sitzen sie ein Weichen in einem Café. „Ich möchte dir noch etwas zeigen“, sagt er, „dann gehen wir.“ Er zieht eine Photographie aus der Brieftasche, da sitzt sie im Garten, die Hände um die Knie

Die Drost-Gesellschaft hat der katholischen Dichterin Gertrud von le Fort den Vorsitz angeboten.

Freiburg - heute und morgen

Nach einem Gespräch mit Oberbürgermeister Dr. Hoffmann

Halbtot gequetscht verläßt man die Straßenbahn. Sie ist in Freiburg trotz der verschiedenen Sperrzeiten — boshafte Leute sagen wegen — immer so voll, daß man meint, rundliche Ausbuchtungen an ihren Seitenwänden zu entdecken, wenn sie nicht allzu schnell, dafür heftig bimmeld durchs Martinstor fährt. Dort ist noch alles beim alten: der alte Reichsadler am Tor breitet immer noch seine Schwingen, und im Blumenesche noch eine Schwinne, die es sogar Blumen. Wenn man genau hinhorcht, bemerkt man, daß viele von denen, die sich auf den Gehsteigen drängen, Franzosen sind. Das ist hier, in diesem unversehrten Stadtviertel, die einzige Veränderung. Kaum hat man jedoch das Tor durchschritten, so sucht man vergeblich die vertrauten Konturen des „Römischen Kaisers“, des Bertholdsbrunnens, der Kaufhäuser und Hotels. Ueber all dem zerrissenen Mauerwerk aber hebt doppelt eindrucksvoll und in demütiger Kraft das Münster seinen klargeliederten Turm. Ringsum hat die Zerstörung gewütet, auch das ehrwürdige Bauwerk hatte durch den Luftdruck Beschädigungen erlitten. Aber längst ist es wieder hergestellt, sind Plaster und Altäre wieder an ihren alten Plätzen, lächelt die Madonna über dem Seiteneingang gütig und wissend über den Münsterplatz.

Der Wiederaufbau, ein Sorgenkind des ohnehin sorgenvollen Stadtoberhauptes Dr. Hoffmann, macht wenig Fortschritte. Freiburg muß auf 50% des früheren Wohnraums 125 000 Menschen unterbringen. Trotz aller möglichen Maßnahmen, z. B. eines pflichtmäßigen Wiederaufbaudienstes, ist es bisher nicht gelungen, die Arbeiten in größerem, d. h. notwendigem Umfang vorwärts zu treiben. Die sehr schlechte Ernährungslage und der Mangel an nötigen Schuhschuh, der Arbeitskleidung usw. machen sich stark bemerkbar. Die amtliche Planung sieht neben Wiedererrichtung der früheren Gebäude auch eine weitere Stadterweiterung vor. Die Stadt hat bis jetzt 40 Holzhäuser bekommen, die z. T. zweistöckig sind und auch sonst vom Barockstil beträchtlich abweichen. Sie sollen am Mooswald, in Herdern und Littenweiler errichtet werden. Im übrigen ist der Waldbesitz der Stadt durch die Besatzungsmacht blockiert; ebenso die Sägewerke und Fabriken.

Das vordringlichste Bauprojekt ist der Bahnhof, denn nachdem die Ravenna-Brücke wieder hergestellt ist, liegt Freiburg nicht mehr so abseits. Der Fremdenverkehr, von dem die Stadt vor dem Krieg lebte, soll wieder in Gang kommen. Vor allem hofft man dabei auf „Ami“-Besuch. Dazu aber muß eines der großen Hotels, das zerstört wurde, der „Zähringer Hof“ gegenüber dem Bahnhof, wieder erbaut werden. Was sonst hier und da gebaut wurde, entstand auf Grund der Privatinitiative kompensationsfähiger Leute. Nur zwei Ausnahmen gibt es: die neuen Kliniken, die unter Aufwand eines staatlichen Teils der städtischen Arbeitskräfte wieder benützungsfähig gemacht und in der zweiten Dezemberhälfte bezogen werden konnten, und dann noch die Universität mit ihren Instituten. Wie an anderen Universitäten ist auch in Freiburg die Ableistung des Wiederaufbaudienstes Voraussetzung zur Immatrikulation. Immer sieht man abenteuerliche Gestalten in alten Uniformklamotten oder fleckigen Trainingsanzügen in und um die Uni. Bretter tragend, Steine schichtend, Sand karrend. Immerhin ist die Universität selbst bald wieder ganz im Stand, und auch die Institute machen Fortschritte.

Was die Ernährungslage betrifft, so ist die Stadt sehr auf ausländische Hilfe angewiesen. Die Kinder- und Säuglingssterblichkeit z. B. ist radikal zurückgegan-

gen seit dem Einsetzen der Quäker- und Schweizer Spenden. Bis dahin — 1946 — war Freiburg wirklich eine sterbende Stadt. (Der Prozentsatz der Säuglingssterblichkeit lag stark über 50%). Am Anlaufen der ausländischen Hilfe, „von der wir eigentlich leben“, wie er mit erstem Lächeln sagt, hat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann persönlich größten Anteil, denn er selbst knüpfte die Beziehung zu den ersten Vertretern der Quäkerhilfe. — Der Währungsreform sieht Freiburg mit großer Sorge entgegen, denn die Lasten werden enorm ansteigen, Armenverpflichtungen usw. werden der Stadt große Forderungen auferlegen.

Neben diesen unerfreulichen Dingen gibt es hier und da auch „Lichtpunkte“. Einer davon ist die neugegründete Musikhochschule, die ebenfalls weitgehend ein „Kind“ des Oberbürgermeisters ist, der selber in seiner mageren Freizeit mit Hingabe musiziert. Mit Lehrkräften wie Schick, Seemann, Nauber usw. hat sie alle Erwartungen weit übertraffen. Kirchenmusik und Schulmusik sollen noch eingebaut werden. Wenn das Projekt einer Kunstakademie, das auch schon erörtert wurde, sich in ähnlicher Weise verwirklicht, wird die Stadt im Laufe der Zeit zum reinen Musentempel werden. Jedenfalls ist Freiburg noch immer viel mehr eine „Stadt der Studenten“ als die „Hauptstadt Südbadens“. Wer nicht weiß, daß das Colombischloß (früher Ständesamt) zur „Staatskanzlei“ avanciert hat, und daß der Kaufhausaal Tagungsort unseres Parlamentes ist — an den dunkelblau uniformierten Polizeiposten dürfte er

Platz für weitere 60 Elends-Kinder / Das Ziel in der Pestalozzi-Siedlung Wahlwies 1948

Wenn man heute irgendwo in Deutschland vom „Kinderdorf“ spricht, dann weiß man, daß damit die Pestalozzi-Siedlung Wahlwies gemeint ist. So weit ist der Ruf dieser Heimstätte für Waisen- und Elendskinder des letzten Krieges gedrungen, bei der sich in unseren Januartagen das erste Jahr des Aufbaus erfüllt, an dessen Ende stolz berichtet werden kann, daß sich jetzt insgesamt 32 Kinder in der Siedlung befinden, deren Aufnahmefähigkeit man bis Ende 1948 auf etwa 90 Kinder erweitern will.

Es war ein mutiger, aber harter Weg, den sich der Gründer, Dr. Adalbert Graf von Keyserlingk, vorgenommen hat. Darüber weiß er in einem Überblick über die Arbeit des abgelaufenen ersten Aufbaujahres anschaulich zu berichten.

Ein Jahr Aufbau

Im Januar 1947 war die erste Baracke im ehem. RAD-Lager Wahlwies bezogen, am 3. März waren die ersten fünf Kinder untergebracht, zu Pfingsten wurde eine zweite Baracke hinzugekommen, Küche und Speiseraum waren fertiggestellt. Bald konnte eine weitere Baracke die Handwerksstätten aufnehmen: eine Schneiderei, Schuhmacherei und die damals schon geplante Weberei, für die im August die Spinnräder und Webstühle eintreffen, wie so vieles zum Beginn aus der Schweiz für das Kinderdorf herübergeschickt. Gerade diese Arbeit fand bei den benachbarten Dörfern dankbare Anerkennung, denn die Webmeisterin der Siedlung führte diese in einem ersten Spinnkurs in die alte Hauskunst ein, die im Laufe unseres mechanisierten Jahrhunderts allenthalben aus der Übung gekommen war. Vorher schon, zu Beginn des September, hatte auch eine Töpferin in der Siedlung Einzug gehalten, deren Dreh- und Formarbeit den ersten jugendlichen

es kaum merken. Sonst spürt man von der Regierung herzlich wenig; vom Regieren um so mehr!

Inzwischen ist es Mittag geworden. An den Straßenbahnen hängen Trauben gemütlicher „Pöppel“. Studenten mit gewichtig angeschwollenen Mäppchen streben der Futterkrippe zu. Mir fällt der Ausdruck des Oberbürgermeisters ein: „Die Echternacher Springprozession ist im Vergleich zu uns ein Schnellzug. Aber mit der Zeit gehts auch bei uns vorwärts.“

Gerlinde Schreiber

Schwerste Schäden im Kreis Renchen

Im Kreis Renchen (bei Kehl) hat das letzte Hochwasser schwerste Schäden für die Landwirtschaft gebracht. Ein Drittel der gesamten Ackerfläche war von den Wassern überflutet, 100 ha guter Ackerboden gingen vollständig verloren, besonders nachteilig wirkt sich die Auslaugung des Bodens aus, da der gesamte Kalkstickstoff und Phosphorsäuregehalt weggeschwemmt wurde. Das Wintergetreide muß als verloren angesehen werden. Zu einer neuen Frühjahrspflanzung müssen rund 200 000 Zentner Saatgetreide zur Verfügung gestellt werden, da nur so ein katastrophaler Ernteausfall verhütet werden kann. In dem Landespflichtlager waren 10 000 Ztr. Kartoffeln eingelagert, die zu einem späteren Zeitpunkt zur Verteilung hätten kommen sollen. Davon ist ein großer Teil durch Wasser vernichtet. Es ist unverantwortlich, daß diese Kartoffeln nicht rechtzeitig zur Verteilung gekommen sind, nachdem witterungsmäßig keine Hinderungsgründe bestanden haben. Wie groß ferner die Schäden sind, welche die Bauern selbst in ihren Kellern durch die Vernichtung der eingelagerten Wintervorräte erlitten haben, ist noch nicht abzuschätzen.

Bewohnern des Kinderdorfes besonders freudig begrüßte künstlerische Anregungen bot. Hier muß leider vermerkt werden, daß bisher dieser vorbereitenden Tätigkeit, als deren Resultat wir bereits ganze Regale voller Tongeschirr in der Wahlwieser Siedlung antreffen, noch keine abschließende Erfüllung beschieden war. Die Lieferung von Brennstoffen, die dringend erforderlich und schon lange bestellt sind, ist nämlich bis heute noch nicht erfolgt. Hoffen wir, daß die Hersteller, wenn sie jetzt hören, wie weit die Vorbereitungen schon gediehen sind und welch gutes Werk sie mit der Anlieferung tun, sich in die Reihe der vielen ungenannten Spender für Wahlwies eingliedern, denen der bisherige Erfolg von glücklichen Kinderherzen und den selbstlosen Wahlleitern des Kinderdorfes gedankt wird. Schön gefomte Krippenfiguren zeigen in diesen Tagen jedem Besucher, was die Kinder, die zum erstenmal mit Ton modellierten, schon gelernt haben. Inzwischen wurden auch Schmiede-, Kunstschlosserei und Goldschmiedewerkstatt aufgebaut, letztere nach den Weihnachtstagen; die Kinder, die in Wahlwies ihre neue Heimat finden, sollen ja bei den Handwerksmeistern, die sich im Kinderdorf angesiedelt haben, den Beruf ihres Lebens finden.

Die ersten Helferhände und Städte Helfer, die selbst mit Hand anlegen, haben sich im Laufe des ersten Jahres auch von erwachsener Seite zahlreich eingefunden. Die sogenannten Bauhelfer-Aktion führte den Sommer hindurch etwa fünfzig Menschen für längere oder kürzere Zeit nach Wahlwies, wo sie ohne Entgelt Arbeitskraft und Können zur Verfügung gestellt haben. Zehn von ihnen wollen als ständige Helfer bleiben und dabei gleichzeitig ihre Lehrzeit absolvieren. Wenn

Unbändiger Wille zur Kultur

Heim für Akademie der bildenden Künste

Der Freiburger Stadtrat bewilligte einen außerordentlichen Kredit in Höhe von 72 000 Mk. zum Ausbau eines städtischen Gebäudes, das die Akademie der bildenden Künste aufnehmen soll. In diesem Zusammenhang teilte Oberbürgermeister Dr. Hoffmann mit, daß zur Zeit Verhandlungen mit dem Kultusministerium im Gange seien, damit der Staat künftig den personellen Aufwand der Musikhochschule, die Stadt den sachlichen Aufwand übernehme. Eine ähnliche Regelung werde für die Akademie der bildenden Künste angestrebt. Geheimrat Prof. Dr. Uhlenhuth erhielt von der Stadt Freiburg einen Zuschuß von 1200 Mk. für seine Forschungsarbeiten zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers.

Auftakt der „Studentischen Kulturwoche“

Die „Studentische Kulturwoche“ in Freiburg, die vom Allgemeinen Studentenrat der Albert-Ludwig-Universität Freiburg veranstaltet wird und Vertreter fast aller deutschen Universitäten vereinigt (mit Ausnahme Berlins und der Ostzone, deren Vertreter nach anfänglichen Zusagen durch Passschwierigkeiten verhindert waren), begann am vergangenen Montag mit einer Aufführung von Georg Büchners „Leonce und Lena“ durch das Akademische Studio der Universität Mainz im Gemeindesaal „Mariahilf“. Durch plötzliche anderweitige Inanspruchnahme der Straßenbahnhalde in der Urachstraße, die auch nicht gerade ideal gewesen wäre, mußte das ganze Programm in letzter Minute umgestellt werden. Trotz der schlechten örtlichen Verhältnisse und des völlig unzureichenden Bühnenmaterials

war die Aufführung, der einige Worte des ersten Vorsitzenden des Freiburger ASTA vorausgingen, ein Erfolg der Mainzer Studenten. Der Höhepunkt der Kulturwoche wird das „Deutsche Requiem“ von Johannes Brahms werden, das am Sonntag vom Freiburger Bach-Chor (Studentenchor) und dem städtischen Symphonie-Orchester Reutlingen dargeboten wird.

Graphische Fachschule in Offenburg

Dank der Bemühungen des Kulturbundes der Ortenau und der Graphischen Gewerkschaft Offenburg wurde die Gründung der „Graphischen Fachschule Offenburg“ ermöglicht, die am 15. Februar im Saalbau „Dreikönige“ eröffnet wird. Als Unterrichtsgegenstände sind vorgesehen: Entwurf und Graphik, Freihandzeichnen, Aktzeichnen, Schriftzeichnen, Satzgestaltung, Drucken, die graphischen Techniken und ihre Entwicklung. Als Lehrkräfte wurden Offenburgs Künstler gewonnen. Der Unterricht für das Sommersemester 1948 findet in den Abendstunden statt.

Buntes Baden-Baden

Wenn jemand mit Jazz und Humor und Tanz kommt, so kann er fast sicher sein, daß er den großen Bühnensaal füllt. Und ein dankbares, allzu dankbares Publikum findet. So ging es mit einer Varieté-Schau, die sich bescheiden als „Sterne des Varietés“ vorstellte. Diesmal waren auch Nebenflecken dabei. Um so mehr wurden die Fix-Sterne von Akrobaten und Witz-Sterne beklatscht. — Auch ein Abend „Amerikanischer Jazz“ unter Kurt Edelhagen füllte den Saal, und da man mit den Beinen nicht mitmachen konnte, so tat man es (nachher) um so heftiger mit den Händen. — Für anspruchsvolle Gäste gab es einen sehr schönen Vortragsabend „Malerisches Hellas“, ebenfalls, wenn auch in kleinerem Rahmen, ausverkauft. Prof. Dr. Mathey-Oberkirch zeigte seine in zwölfjährigem Aufenthalt geschaffenen Aquarelle und Zeichnungen und sprach begeistert und begeistert — von einer Zeit, da man in Hellas mehr in Aesthetik und weniger in Politik machte. Ausverkauft war erfreulicherweise auch der große Saal, als Edwin Fischer mit dem großen Orchester des SWF das Klavierkonzert von Brahms in B-dur spielte: vollendet schön und kraftvoll geformt. Ernest Bour-Paris war Dirigent.

Südbadendeutsche Umschau

Konstanz. Chemiker William Graf, ein geborener Konstanzer, z. Zt. in New York wohnhaft, hat zur Beschaffung von Schuhen für Schuhkinder und für Ausrüstungsgegenstände und Medikamente des Städt. Krankenhauses je 1000 Dollar zur Verfügung gestellt. Die Vermittlung dieser Spende erfolgte durch Dr. Hugo Eckener.

Melk. Von einem in Richtung Radolfzell abfahrenden Personenzug sprang etwa 30 Meter vom Bahnhof entfernt ein in den mittleren Jahren stehender Mann vom Zuge ab. Er kam unter die Räder und war sofort tot. Es handelt sich um einen 37 Jahre alten französischen Holzarbeiter, der das Abfahrtszeichen überhört hatte und um nicht eine Station zurücklaufen zu müssen, riskierte er den Absprung.

Säckingen. Am vergangenen Dienstag ereignete sich ein Verkehrsunfall, dem eine 65 Jahre alte Witwe, Mutter von neun Kindern, zum Opfer fiel. Sie wartete vor einer Bahnhofsüberführung auf Durchlaß. Hinter ihr hatte ein Lastauto Halt gemacht; der Fahrer stieg aus und hatte es unterlassen, den Motor abzustellen. Während er sich hinter dem Auto in ein Gespräch einließ, kam daselbst ins Rollen und überfuhr die Frau. Bei der Überführung in das Krankenhaus ist die Frau an den erlittenen Verletzungen gestorben.

Lörrach. Am 1. Februar veranstaltet die „Ständige Kunstausstellung Lörrach“ im Kunstsalon Günther eine große Emeric-Kunstschau. Der 72-jährige Künstler lebte längere Zeit am Bodensee und wohnt seit 1927 in der Stadt an der Dreiländerecke. U. a. hat Emeric das bekannte Porträt des Grafen Ferdinand von Zeppelin geschaffen. — Wie in den letzten Sitzungen des Stadtrats bekannt gegeben wurde, sollen mehrere Schülerkolonien für erholungsbedürftige Schulkinder geschaffen werden. Voraussichtlich wird die Kolonie, die in Gressen bei Schopfheim errichtet wird, 40–50 Kinder aufnehmen können. Die schweizerische Nachbargemeinde Basel-Riehen wird während drei Monaten für je 200 Schweizer Franken zusätzliche Lebensmittel zur Verfügung stellen.

Lörrach. Der Lörracher Hebeltag wird in diesem Jahre am Pfingstsonntag gefeiert werden. Am Pfingstsonntag findet ein großes Festkonzert statt, am Montag folgen als Höhepunkte der große Umzug und die Feier vor dem Denkmal des Dichters.

Breisach. In einer Gemeindeversammlung teilte Bürgermeister Ehrlicher mit, daß im vergangenen Jahre sechs Behelfsheime, 16 Wohnungen, drei Dachwohnungen, drei Scheunen und ein Schopf instandgesetzt oder wieder neu gebaut worden sind. 15 Wohnungen befinden sich im Bau.

Kenzingen. Eine 19-jährige Oberschülerin wurde bei dem Versuch, eine Zugmaschine zu bewegen, vom Anhänger überfahren und getötet.

Lahr. Aus ungeklärter Ursache brach im Zanger'schen Ziegelei-Gebäude in Ettenheim ein Feuer aus. Der Trockenschuppen, sowie der Dachstuhl des Ringföhrgebäudes wurden vernichtet. Die Ziegelei ist schon mehrere Jahre außer Betrieb.

Offenburg. Eine Bahnhofskontrolle erfaßte zwei Schwarzhändler, von denen einer 2500 Zigaretten, einen großen Posten Zigarren und Tabak, sowie 15 qm Oberteile, der andere 5000 Zigaretten bei sich trug.

Karlsruhe. Für die am 1. Februar stattfindende Oberbürgermeisterwahl liegt nur ein Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei vor. Sie unterstützt die Wiederwahl des bisherigen Oberbürgermeisters Töpper. — Freunde des humanistischen Gymnasiums wandten sich mit einer Entschlossenheit an Regierung und Militärregierung, in der sie ihrer Sorge um den Bestand des humanistischen Gymnasiums Ausdruck geben, der durch die weitgehenden Schulreformpläne gefährdet sei.

Friedrichshafen. Die vom städtischen Kulturbeirat vor kurzem angeregte 1. Friedrichshafener Kulturwoche nach Kriegsende, ist nunmehr endgültig für die Zeit vom 17. bis 24. April vorgesehen. Sie soll auch den Schweitzer Nachbarn, die während des Krieges schwer geprüften Bodenseestädte schon zahlreiche Spenden zukommen ließen, Gelegenheit bieten, die Stadt zu besuchen.

Die erste Weltsprache kam vom Bodensee

Pfarrer Schleyers „Volapük“ war

der Wegbereiter des „Esperanto“

In Zeitschriften und Funkmeldungen der letzten Monate war recht häufig von der internationalen Welthilfssprache „Esperanto“ die Rede. Die letzten Anlässe bildeten wohl die Vorbereitung einer Esperanto-Hochschule in München, eine Esperantisten-Tagung in Konstanz und der 32. Esperanto-Weltkongreß in Bern. Weltheilssprachen sind nicht etwa eine Ausgeburt der Gegenwart. Wir finden Anregungen dazu schon in recht früher Zeit, die erste wohl in der Schrift des Abtes Johannes Trithemius, welche im Jahre 1500 unter dem Titel „Polygraphia libri“ erschien und eine Weltheilssprache in Vorschlag brachte. 1605 begegnet wir dem Projekt des großen Engländer Francis Bacon, der in Europa eine Einheitssprache nach dem Vorbild des Chinesischen einführen wollte. Auch der päpstliche Gelehrte Johann Joachim Becher befaßte sich 1661 mit dergleichen Plänen und 1666 war es Leibniz, der als erster auf wissenschaftlicher Basis und mit grammatischen Vorstudien und die gewaltige Aufgabe herangab, aber — sie schließlich doch nicht zu Ende führte! Die Welt hatte damals noch keine Notwendigkeit für eine Welthilfssprache erkannt; es gab noch keinen Weltverkehr nach unseren Begriffen. Reisen über die Landesgrenzen kannten nur Kaufleute. Das Zeitalter der Postkutsche erschloß keine Welten.

Die erste Weltsprache, die praktisch geübt und verwertet wurde, schuf Johann Martin Schleyer, ein Pfarrer aus dem kleinen Bodenseedörfchen Litzelstetten bei Konstanz. 1831 zu Oberlauda im badischen Taubertal geboren, besuchte Schleyer das Gymnasium zu Taubertshausheim, wo er schon in früher Jugend ein ausgeprägtes Sprachtalent zeigte. Im Laufe der Zeit studierte er nicht weniger als 88 Dialekte. Sein Lebenswerk galt der

Schaffung einer Weltheilssprache. Diese Idee stand in harmonischem Einklang mit seinem christlichen Glauben; denn er wollte durch internationale sprachliche Verständigung dem Weltfrieden dienen. Allmählich sollte die Menschheit eine große christliche Familie werden. — 1879 veröffentlichte Schleyer in seiner selbstredigierten Zeitschrift „Sionsharfe“ ein neues Alphabet und den Entwurf zu einer Weltsprache, die er erst „Pantoglossia“, später „Volapük“ benannte. Sein Entwurf ging an die Dekane der philosophischen Fakultäten sämtlicher europäischer Hochschulen, außerdem an den Postkongreß zu Paris und an den Westpostverein in Bern. Seine Idee, für die er schon große materielle Opfer gebracht hatte, fiel fast überall auf fruchtbaren Boden. Im Jahre 1884 konnte Schleyer den ersten Volapükisten-Kongreß zu Friedrichshafen am Bodensee eröffnen. 1887 tagte der zweite Kongreß in München mit Abgeordneten von mehr als 30 Ländern. Schon trug sich Schleyer mit der Idee, eine Volapük-Akademie ins Leben zu rufen, als einige Anhänger und Schüler mit Verbesserungsvorschlägen an ihn herantraten. Als vernünftiger Mann erkannte er diese öffentlich an, aber er konnte sich nicht entschließen, eine neue Weltsprache-Grammatik abzufassen. Erst 1899 — verspätet — erschien von einem neuen, 100 000 Worte umfassenden Wörterbuch der Buchstabe A des deutsch-weltpersprachlichen Teiles. Ein kleineres, parallel erscheinendes Wörterbuch um die Jahrhundertwende gedieh noch bis zum Buchstaben S.

Im Jahre 1887, da Schleyer mit seinem Volapük noch die größten und berechtigten Hoffnungen hegte, erwuchs ihm in Osteuropa eine scharfe Konkurrenz. In Warschau hatte nämlich ein Dr. Zamenhof eine wesentlich leichter erlernbare

Einheitssprache ersonnen, unser heutiges „Esperanto“. Damit erlahmte das Interesse am Volapük, und Zamenhof wurde der Apostel der neuen, entwicklungsfähigen Weltheilssprache. Auch ihm erstanden wieder einige Nachahmer, aber sein Esperanto blieb bis heute unerreicht. Der Name des Pfarrers Schleyer vom Bodensee sollte aber nicht der Vergessenheit anheimfallen; denn er war der erste, der es verstand, eine zweckmäßige internationale Hilfsp Sprache zu entwickeln und zu lehren. Schleyer starb 1912 in dem Gefühl, mit seinem Volapük jedenfalls die Ausgangsbasis geschaffen zu haben, auf der andere weiter arbeiten könnten. Die regen Esperantobestrebungen besonders im heutigen Konstanz zeugen davon, daß seine Hoffnung in Erfüllung gegangen ist.

S. v. Weiher

Nur 163 Einwohner

Hauenstein — kleinste Stadt im Süden

Wer von den Waldstädten am Hochrhein spricht, denkt meistens nur an Waldshut, Säckingen, Laufenburg oder Tiengen. Daß noch ein fünftes althistorisches Städtchen am Ufer des Rheines liegt, wird meist vergessen, weil es nichts anderes darstellt als ein kleines, verwinkeltes Dorf, dem aber doch der Titel „Stadt“ verliehen worden war. Nur 163 Einwohner zählt Hauenstein, die in 40 Haushaltungen zusammenleben; die Gemarkung der Stadt umfaßt 29 Hektar Land. Diese Zahlen gegenüber wird wohl kaum jemand auftreten und Hauensteins Kleinheit bezweifeln wollen. Von einer Stadt im üblichen Sinne kann selbstverständlich nicht die Rede sein. Die Bewohner sind größtenteils Landwirte, von denen noch viele in den Industrien der benachbarten Gemeinden tätig sind.

Die Geschichte Hauensteins ist alt. Sie reicht bis in die Zeit der Besiedlung des Hochrheingebietes durch die Alemannen zurück. Damals wurde Hauenstein unter der Herrschaft der Frankenkönige dem Albgau

zugeleitet und die Burg Sitz der Albgau- grafen, die der bald entstandenen Siedlung Markt- und Stadtrecht verliehen. Von der Burg aus beherrschten die Albgau- grafen die Grafschaften Hauenstein und Stühlingen. Bertold „mit dem Barte“, zum erstenmal um 1070 erwähnt, war einer der ersten Herren der Hauensteiner Burg. Von 1170, etwa 100 Jahre lang, bewohnte das Geschlecht der Edlen von Hauenstein die Burg, das aber nach Säckingen abwanderte. Um 1290 ging die Burg in den Besitz des bekannten Grafen Rudolf von Habsburg über, der sie oft bewohnte und als Jagdsitz benutzte. Seit der Übernahme durch die Habsburger gehörte Stadt und Burg bis zum Erlöschen dieser Linie im Jahre 1408 zum Herrschaftsbereich des Grafen von Habsburg-Laufenburg. Nachdem fiel das ganze Hauensteinerland an das Haus Habsburg-Oesterreich und wurde dem Fürstentum Vorderösterreich zugeteilt, dem es bis zu seiner Zuteilung zum Großherzogtum Baden im Jahre 1805/06 verblieb. Zweimal haben die Hauensteiner im Laufe dieser Zeit von sich reden gemacht. 1525 zog ein Haufen von ihnen, zusammen mit Fürstenbergischen und Stühlinger Unzufriedenen vor das Kloster St. Blasien, raubten, zerstörten und verübten sakrilegische Greuelthaten: die Gräber der Toten wurden nicht geschont und aus den Orgelfeilen goß man Kugeln. 200 Jahre danach, 1719, verlangten die Hauensteiner ihre Unabhängigkeit und die alten vererbten Rechte von Oesterreich zurück. Auch als nach Abzahlung von 58 000 Gulden an das Stift St. Blasien im Jahre 1738 alle Leibeigenschaft und Gefälle ihr Ende fanden, beruhigte sich das Völkchen noch lange nicht. Heute nun ist von all dem blutigen Treiben nichts mehr zu verspüren. Eine friedliche Bevölkerung geht ihrer ländlichen Arbeit nach und freut sich auf den Tag, an dem sie wieder ihr St. Josef-fest, das alte, mit seinem Messebetrieb und Jahrmarkt auf die Marktrechte der Stadt hindeutende Volksfest in gewohnter Weise feiern kann.

A. 3

Kleine Völker: Mazedonier und Kurden...

BELGRAD, im Januar

Es ist gar nicht leicht, eine Stadt, die vor dem Kriege nur zwei Würdenträger, den Kreishauptmann und den Garnisonskommandanten beherbergte, für die Bedürfnisse einer Hauptstadt einzurichten, in der das Parlament, ein Präsidium als oberste Staatsbehörde, ein Ministerpräsident und 10 Minister regieren und außerdem die Nationale Front, der Frauenverband, die Gewerkschaften, die Freiheitskämpfer, die Jugend, die Minderheiten, ihre Kanzleien und Tagungsräume beanspruchen.

Seit zwei Jahren haben die Mazedonier eine eigene Republik im Rahmen der jugoslawischen Föderation, wie die Serben, Kroaten, Slowenen, Bosnier, Montenegriner. Die Köpfe siedeln von Plänen und der Besucher ihrer Hauptstadt Skopje wird keine Straße finden, in der nicht Baugerüste stehen und wo gleichzeitig niedrigeren wird. Da entsteht die Landesuniversität, deren drei Fakultäten für Philosophie, Medizin und Land- und Forstwirtschaft noch provisorisch untergebracht sind, so daß die 700 Studenten oft nicht mehr wissen, wo sie einen Stuhl im Hörsaal aufreiben können. Auch eine höhere pädagogische Schule für den Lehrernachwuchs mit 300 Schülern wird errichtet, sowie mehrere industrielle Fachschulen, eine der dringlichsten Notwendigkeiten in einem Lande, dessen Industrie im Rahmen des Fünfjahresplans verschieben werden soll und das bisher noch nicht drei Prozent der jugoslawischen Fabriken besaß. Skopje wird das Zentrum der mazedonischen Tabakindustrie, es erhält eine riesige Zigarettenfabrik, ein Tabakforschungsinstitut, eine Tabakschule und eine Nikotinfabrik zur Verarbeitung von Tabakabfällen. Auch eine anscheinende Lederfabrik ist im Entstehen, die im nächsten Jahr durch eine Schuhfabrik erweitert werden soll. Überall werden Jugendliche, die „Omladina“, als Arbeiter eingesetzt, ein Verfahren, das heute auf dem ganzen Balkan üblich ist und wenig kostet, überhaupt trägt die Jugend den Staat und man findet kaum einen Politiker, der älter ist als vierzig — wie überall in Jugoslawien.

Jenseits der Brücken, mit Minaretts und von einer altertümlichen Zitadelle gekrönt, liegt das wie ein Märchen aus Tausend und einer Nacht träumende Ueskub, wo Türken in engen und mit einem holperigen Steinpflaster versehenen Straßen wohnen. Den Europäer, der nach Skopje kommt, zieht es unwiderstehlich dorthin. Das moderne Mazedonien aber hat für dieses konservierte Mittelalter kein Verständnis. Auch im Türkenviertel wird niedriger gebaut; auch sein Gelände braucht die Hauptstadt, um wachsen zu können. So großzügig man die türkische Minderheit behandelt — sie sind im Parlament mit drei geistlichen Würdenträgern vertreten, die Republik eröffnete für die Volksschulen und ein Gymnasium — ebenso energisch will man sie von Schleier und Fetz befreien.

Der neue Baustil hat nicht ein einziges Element der alten Kultur übernommen. Eines der kulturell bedeutendsten Unternehmen ist die vor der Fertigstellung stehende Staatsdruckerei im Stadtzentrum. Es erscheinen nun die ersten Bücher, meist Fiktion für die Schule, außerdem gibt es Zeitungen und Zeitschriften aller Art, auch solche für Türken und Albaner. Die wichtigste Tageszeitung trägt den stolzen Namen „Nova Makedonia“. Wer die bulgarische Sprache oberflächlich kennt, wird meinen, sie stamme aus Bulgarien, denn der Unterschied zwischen beiden Zungen ist nur gering, und man bedient sich der gleichen cyrillischen Buchstaben.

Die gemeinsame Grenze mit Bulgarien hat eine Länge von fast 150 km. — Nun aber rechnen die Mazedonier noch den auf bulgarischer Seite gelegenen etwa 30–40 km breiten Grenzstreifen zu ihrem Sprachgebiet, das seit je nach dem Gebirgszug „Pirin-Mazedonien“ heißt, und praktisch das gesamte Tal der Struma umfaßt. Haben die heute in Skopje tonangebenden Mazedonier Aspirationen auf dieses bulgarische Gebiet? Ebenso wie sie solche ziemlich unverhüllt auf griechisch-Mazedonien, also einen Landstreifen zwischen Saloniki und der türkischen Grenze, geltend machen? Aber so-

weit geht die Souveränität der Bundesrepublik nicht, daß sie auch in die Außenpolitik Jugoslawiens eingreift. Diese bestimmt einzig und allein Marshal Tito.

Ende November 1947: Staatsbesuch Titos in Sofia.

Der Marshal spricht: Wir werden eine so enge Zusammenarbeit herbeiführen, daß die Frage einer Föderation nur noch eine Formalität sein wird.

Dimitroff antwortet: Wir kämpfen einen gemeinsamen Kampf um die Prosperität.

Mazedonien, über ein halbes Jahrtausend unter türkischer Herrschaft, wird nach dem Balkankriege zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland aufgeteilt, ist über dreißig Jahre lang ein Zankapfel zwischen Bulgarien und Serbien, erreicht nach dem ersten Weltkrieg die Erfüllung seiner Volksbestimmung nach der Erfüllung seiner Autonomie. Das geschieht erst nach dem zweiten Weltkrieg, wo von den rund einer Million Bewohnern mazedonischen Gebietes — von dem 15 Prozent zu Bulgarien, 65 Prozent zu Jugoslawien und 30 Prozent zu Griechenland gehören — das jugoslawische Mazedonien seine Autonomie im Rahmen der jugoslawischen Föderation erhält.

In einem großen landwirtschaftlichen Distrikt wurde ein einundzwanzigjähriges Landmädchen zur Präsidentin gewählt. Sie war mit siebzehn Jahren Mitglied einer Partisanenbrigade und gewann, wie es heißt, „durch ihre heroische Tätigkeit im und nach dem Kriege, sowie wegen ihrer Energie, ihrer Begeisterung und ihrer organisatorischen Fähigkeiten“, das Vertrauen des Volkes. Solche Menschen genießen großes Ansehen. Ähnlich wie eine alte Bäuerin, die mit 75 Jahren noch Lesen und Schreiben lernte und dann Kurse zur Überwindung des Analphabetismus abhielt.

Ein Berichterstatter des Manchester Guardian, M. Philips Price, schrieb vor Jahresfrist im „Times“: „Meine Ansicht geht dahin, daß die Slawen die Aegäis früher oder später erreichen werden, und daß eine frühe und verständnisvolle Lösung des Problems viel Unruhe ersparen würde.“

ANKARA, im Januar

Vor dem ersten Weltkrieg residierte in Maku, an der Dreiländerecke zwischen Türkei, Rußland und Persien, im äußersten Norden des Iran, ein Khan, der, ohne sich um Teheran zu kümmern, selbstherrlich regierte und die Kosten seines Hofstaates aus den Abgaben bestritt, die er von den durchziehenden Karawanen nach Gudsünken erhob. Als dann Riza Khan in Teheran an die Macht kam, fürchtete er, der Selbstherrscher von Maku könnte die russische Karte ausspielen. Er lud ihn daher zum Essen ein und beim Auftragen der Suppe ging versehentlich ein Revolver los, der unglücklicherweise den Hinterkopf des Gastes traf. Damit war es mit der Selbstherrlichkeit von Maku vorbei und persische Truppen besetzten den Grenzbezirk, bis im letzten Weltkrieg die Russen einrückten.

Von der malerischen Altstadt ist nicht mehr viel erhalten, dafür ist Ordnung und Reinlichkeit eingekehrt und neue moderne Häuser sind am Flußufer entstanden. Im Herbst und Winter kampieren nomadische Kurden rund um die Stadt in Zelten. Die persischen Behörden haben sie entworfen, man behauptet indessen, sie hätten der Polizei ihre alten Donnerbüchsen abgeliefert, dafür aber moderne, russische Gewehre von jenseits der Grenze bezogen. Als sich die Russen im März 1946 aus der persischen Nordprovinz Aserbeidschan, zu der Maku gehörte, zurückzogen, hofften sie, daß die persischen Aserbeidschaner sich nach der Vereinigung mit dem russischen Aserbeidschan, im angrenzenden Südkaukasus sehen und das Sowjetsystem übernehmen würden. Die Russen hatten während der Besat-

zung einen gewissen Anhang bei der Arbeiterschaft finden können; auch die rund 10 000 Armenier in Täbris gelten noch heute, mit Recht oder Unrecht, als eine russische fünfte Kolonne, ähnlich wie vor rund 30 Jahren im türkischen Ostanatolien. Aber die Masse der Bevölkerung Aserbeidschans, die sich aus Bauern und Kaufleuten zusammensetzt, steht dem Sowjetsystem gleichgültig, teilweise sogar ablehnend gegenüber. Seitdem Aserbeidschan nach dem Aufstandsversuch im Jahre 1946 wieder unter persischer Verwaltung steht, wurden alle, die mit den Russen zusammen gearbeitet hatten, verhaftet und zum größten Teil aufgefängt.

Die Regierung in Teheran bemüht sich, ähnlich wie die türkische in Ostanatolien, Reformen durchzuführen, die Landwirtschaft zu heben, Schulen und Krankenhäuser zu bauen. Von dem Erfolg dieser Reformen wird es abhängen, ob die durch ständige Raubzüge einzelner Kurdenstämme gefährdete innere Ruhe des Landes wiederhergestellt wird. Als wichtigstes Ziel dieser Reformen erscheint es daher der Regierung, die nomadisierenden Kurden im Westen und Süden des Urmia-Sees sesshaft zu machen und ihnen einen erträglichen Lebensstandard zu sichern, eine Aufgabe, die freilich nicht von heute auf morgen zu lösen ist. Mit der Befriedigung und Befriedung der Kurden, die auch in der benachbarten Türkei nicht als nationale Minderheit anerkannt werden, und die man hier wie dort zu assimilieren wünscht, würde auch ein wesentliches Gefahrenmoment von russischer Seite her beseitigt werden.

In Teheran ist ein Vertreter der Widerstandsbewegung gegen den in Bahrain regierenden Scheich Abdullah Zireh eingetroffen. Die iranische Rechts- und Linkspresse fordert die Revision der Erdölkonzessionen im Süden, ein führender Politiker verlangt die Rückkehr der unter englischem Protektorat stehenden Bahrein-Inseln zum Iran. Die Bahrein-Oelquellen werden, ebenso wie die im britischen Protektorat Koweit, von einer amerikanischen Gesellschaft ausgebeutet. Gleichzeitig hebt die Presse den ablehnenden Standpunkt der iranischen Regierung gegenüber den sowjetischen Konzessionswünschen im Norden hervor.

Es ist jetzt zweieinhalb Jahre her, daß Rußland die Forderung an die Türkei stellte, die kleinasiatischen Grenzgebiete von Kars, Ardahan und Artvin, die dem Kaukasus vorgelagert sind, abzutreten. Die Türken lehnten ab, auch als das russische Interesse an diesen Gebieten im Zusammenhang mit der Meerengenfrage erneut betont wurde. Seitdem schweigt sich Moskau aus.

Ein seltsames Land, dieses Hochplateau an der anatolischen Ostgrenze, Wasser-scheide zwischen den Meeren ein strategisches Gebiet erster Ordnung, mögliches Sprungbrett nach Mossul und Kirkuk, nach Koweit und Bahrain zum persischen Golf. Seit Jahrhunderten lebt dort eine Mischbevölkerung von Christen und Mohammedanern, von Türken, Kurden und Armeniern, religiös wie rassistisch zerrissen und vielfach verfeindet.

Wer von Erzerum der östlichen Festung des alten byzantinischen Reiches, in diesen baltischen Hexenkessel vorstößt, entdeckt schnell, wie stark Vergangenheit und Gegenwart, überkommene Sitte und modernes Leben hier miteinander ringen. Der Muezzin auf dem Minarett und das Lichtspieltheater gegenüber; zwei Welten! Die verschleierte Frau, die im Kino die jüngsten Schöpfungen Hollywoods bestaunt, deren elegant gekleidete Tochter Jazz tanzt, und die — Mutter wie Tochter — es als das Natürlichste von der Welt betrachten, das schmutzige Wasser auf die Straße zu schütten, ohne erst nachzusehen, ob nicht vielleicht ein Vorüberge-

hender dadurch ein unfreiwilliges Bad nehmen könnte.

Erzerum ist eine in vieler Hinsicht westeuropäische Stadt mit breiten, gepflasterten Straßen, Parks und guten, auch höheren Schulen. Die Dörfer in der Ebene, reich an georgischen Denkmälern der Vergangenheit, sind heute in Sprache und Sitte meist türkisch. Trotz des Völkergemisches existieren Minderheitenprobleme in politischem Sinne so gut wie nicht mehr: Der düstere Schatten der „Armeniergeißel“ von 1915 und die Verbanung der Kurdenhäuptlinge im Jahre 1928 steht noch über dem Lande, — aber man hört nichts mehr davon.

Die moderne türkische Politik zielt seit Atatürk dahin, diese lange zurückgebliebenen Gebiete zivilisatorisch zu erschließen, in erster Linie das Schulwesen aufzubauen. Fast alle Dörfer besitzen Volksschulen, von denen aus viel junge Leute anschließend auf die höheren Schulen nach Erzerum gehen, wo sie für Verwaltungsdienst und Armee geschult werden.

Dieses Erziehungsprogramm der türkischen Regierung stößt durchaus nicht immer auf begeisterte Anerkennung, zumal auf dem Dorfe, wo man noch heute wie zu biblischen Zeiten die Spreu vom Weizen mit der Wortschaufel scheidet und der Ochse ein Hakenbrett hinter sich herschleift, das auf dem Boden liegende Getreide drischt. Aber die Schule ist nun einmal für die Regierung das beste Mittel, eine mit Minderheiten durchsetzte Gegend national zu festigen. Das erscheint wichtig. Denn Minderheiten dienen schon oft fremden Interessen als Spielball; und die Grenze zur Sowjetunion, wo man eine andere Minderheitenpolitik betreibt, ist nicht weit.

Man kann nationale Minderheiten zu assimilieren oder durch kulturelle Autonomie zu gewinnen suchen, das Ziel bleibt das gleiche — Kleine Völker können aufgesplittet, in Rückzugsgebiete des Waldes oder in Wüsten-Reservaten gedrängt, verschleppt, zur Auswanderung getrieben, ja über die ganze Erde verstreut, oder, falls jenseits der Grenzen Brüder wohnen, als Stöckel benützt werden. Kleinheit und Größe sind relative Begriffe. Kleine Völker können als Oberschicht ganze Erdteile beherrschen und auch noch als Sklaven die Welt erobern. Kleine Völker können jahrhundertlang unterdrückt, zerstört oder verfolgt werden — und noch nach Jahrtausenden leben: Hellas und Judentum, Russen und Polen, Kurden und Mazedonier.

Diplomatengespräch...

Ankara, Dezember 1939: Botschafter MacMurray „besaß einen großen, grimmigen Schäferhund, der aus den anatolischen Steppen stammte. Alle Versuche des amerikanischen Botschafters, seinem treuen Begleiter diplomatische Manieren beizubringen, blieben erfolglos. Er knurrte die Gäste an und lag jederzeit sprunghaft auf dem Teppich neben seinem Herrn und Meister. Wenn mich die Sekretärin anmeldete, bat ich zugleich, das Tier aus dem Zimmer zu entfernen, damit ich mich ungestört mit dem Botschafter unterhalten könnte... Als bei einem diplomatischen Abendessen die Liste der deutschfreundlichen Ausländer erwähnt wurde, fragte einer der anwesenden Gäste den amerikanischen Botschafter: „Es gibt Leute, die auch bei Ihnen wesentliche Sympathien für das nationalsozialistische Deutschland vermuten?“ — Ueberascht erkundigte sich Botschafter MacMurray nach dem Grund dieser Verdächtigung. Der Gast erwiderte: „Man hat beobachtet, daß Ihr Hund mit dem Schwanz wedelt, wenn er dem Körper des Botschafters von Papen begegnet, statt auf ihn loszugehen und ihn in Stücke zu reißen.“

Aus: Walter Böhard, Erlebte Weltgeschichte, Fretz und Wasmuth Verlag, Zürich 1947.

Ankara. Ein oppositioneller Abgeordneter bezeichnete vor dem türkischen Parlament die Sowjets als „Nachfolger Iwans des Schrecklichen“. — meldet Südena.

Blick über die Grenzen

Bern. Die schweizerische Depeschengatur dementiert Behauptungen, nach denen sich Beamte von Scotland Yard in der Schweiz befinden oder in die Schweiz reisen würden, um Nachforschungen über Vergehen gegen die englische Reisepasse anzustellen.

Bern. Da das Schweineangebot bedeutend größer ist als das für Januar festgesetzte Schlachtkontingent, wurde die erlaubte Überschreitung dieser Quote auf 20 Prozent verdoppelt.

Bern. Eine Blumenverkäuferin, die seit 26 Jahren zu später Abendstunde ihr Gewerbe ausübt, hatte sich vor dem Richteramt 6 wegen ihres gesetzlich verbotenen „Hausierens zur Nachtzeit“ zu verantworten. Sie wurde vom Einzelrichter freigesprochen, weil ihr Handel seit langem widerspruchslos toleriert worden sei.

Bern. In Kisten mit der Aufschrift „Schweiz“ wurde in Paris eine erste Sendung von Äpfeln für 46 Francs, d. h. 3 Franken unter dem Höchstpreis, verkauft. Weitere 3000 Tonnen werden demnächst dort eintreffen.

Bern. 1850 nahm die Oberzolldirektion 3 Millionen Franken ein, das waren 86 Prozent der Bundeseinkünfte. 1946 waren es 600 Millionen Franken. Allein über 500 000 Eisenbahnwaggons wurden bei der Einfuhr, rund 50 000 bei der Ausfuhr genauer untersucht.

Basel. 80 deutsche Krankenschwestern werden auf 1½ Jahre in schweizerischen Lungensanatorien und Nervenheilanstalten Dienst tun und beziehen wie ihre Schweizer Kolleginnen 180 Franken im Monat.

Basel. Vertreter von Verkehrsverbänden aus dem Elsaß und dem französischen Jura sowie aus den schweizerischen Grenzgebieten beschlossen, zur Prüfung gemeinsamer Interessen periodisch zusammenzutreten und auf die Aufhebung des Visumzwanges zwischen der Schweiz und Frankreich hinzuwirken.

Delsberg. Die Jurassier seien keine

Verräter, sondern gute Schweizer. Wenn heute ein Volk wie die Inder ihre Selbstständigkeit erhielten, wolle der Jura nicht zurückstehen. Zwar verstanden die Altbauern vortrefflich, ein akzentfreies Französisch zu sprechen, aber wenn an ihre sogenannten wohlverworbenen Rechte gerührt werde, dann wüßten sie gut deutsch zu schimpfen. So argumentierte ein Redner des separatistischen Lokalkomitees auf einer Versammlung, in der die Auflösung der „Zwangsse mit dem Kanton Bern“ gefordert wurde.

St. Gallen. Vertreter der Kantons- und Gemeindebehörden richteten an die zuständigen Behörden das Ersuchen, in den Entwurf des Einführungsgesetzes zur Alters- und Hinterbliebenenversicherung eine Bestimmung aufzunehmen, durch die die Altersbeihilfe gesetzlich verankert wird.

St. Gallen. Auf die Bemerkung eines Nationalrates, der gleichzeitig Präsident des schweizerischen Gewerbeverbandes ist, daß ein Defizit der Zölle nicht nur die Basler Mustermesse, sondern auch die Olma in St. Gallen schuld sei, beschloß der Vertreter St. Gallen, den Beitrag an den Gewerbeverband von 200 auf 100 Franken herabzusetzen.

Lausanne. Im Kanton Waadt als erstem Schweizer Kanton sind seit 1. Januar 1948 Frauen in allen Richterämtern zugelassen.

Zürich. Für drei Aufseherstellen einer Zürcher Strafanstalt meldeten sich 300 Bewerber; die „National-Zeitung“ Basel sieht darin ein Symptom dafür, daß viele Menschen der heutigen Konjunktur nicht mehr trauen und in vermehrtem Maße auf größtmögliche Sicherheit Wert legen; obwohl dabei dort bestimmt keine Konjunkturlöhne bezahlt würden.

Wien. Generaloberst Kurassow beschuldigte im Kontrollrat die Westmächte der „ersten Bedrohung des Friedens und der Sicherheit“, da sie die Entmilitarisierung und Abrüstung Österreichs sabotierten. Generalmajor Keyes-USA erwiderte, diese „Er-

zählungen im Stil von Jules Verne oder H. G. Wells“ entbehrten jeder tatsächlichen Begründung.

Wien. Im Kontrollrat wurde von amerikanischer Seite eine Senkung der Besatzungskosten und Erweiterung der österreichischen Souveränitätsrechte angeregt. Von britischer und französischer Seite wurde zugestimmt, während der sowjetische Vertreter nach genauerem Studium des Vorschlags dazu Stellung nehmen wird.

Wien. Angehörige der US-Besatzungsmacht dürfen nunmehr unrationierte österreichische und Exportware für ihren persönlichen Bedarf bei besonders ermäßigten Geschäften gegen Devisen kaufen, von denen ein Teil dem Kaufmann verbleibt.

Wien. Das unheilvolle Anwachsen des Andrangs zu Intelligenzberufen zeigt folgende Statistik: 1938 studierten in Österreich 16 035, 1946 26 616 und 1947/48 30 351 Personen.

Wien. In den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres wurden im Rahmen des österreichisch-schweizerischen Handelsabkommens Waren an die Schweiz im Werte von 78,4 Mill. Schweizer Franken geliefert und dafür Waren im Werte von 34,3 Millionen eingeführt.

Dornbirn. Bis zum 15. Januar waren 613 Betriebs- und Vertrauensmänner in Vorarlberg gewählt, davon erhielt die Österreichische Volkspartei 244 Mandate, die Sozialistische Partei 206, Parteilose 147 und die Kommunistische Partei 16.

Linz. Außenminister Gruber erklärte auf einer Industriellen-Versammlung, durch baldmöglichste Überwindung der Kategorisierung der Menschen könne man den Arbeitswillen steigern. „Wir müssen wieder zu dem Ideal kommen, daß Verbrecher sich nicht auf freiem Fuß befinden und daß die auf freiem Fuß befindlichen nicht als Verbrecher angesehen werden.“

Mit und ohne Kommentar

Ankara. Wie „Reuter“ erfährt, sind nach Berichten aus Bulgarien in der Nähe der griechisch-bulgarischen Grenze lebende Türken nach Nordbulgarien ausgesiedelt worden und diese Aktion nehme systematisch ihren Fortgang.

Washington. Um die Navajos über den Winter zu bringen, schlug der zuständige Kongreßausschuß als erste Hilfsmaßnahme vor, einen Betrag von 2 Mill. Dollar bereitzustellen.

Die Navajos waren einstmal ein stolzer, kriegerischer Indianerstamm, berühmt wegen seiner Silber- und Webarbeiten. Vor 80 Jahren erhielt er ein Reservat von 24 000 Quadratmeilen, das fast ganz aus Wüste besteht. Da aber die zugesagte Unterstützung ausblieb, ging es den Navajos in den letzten Jahren ziemlich schlecht. Sie leben im allgemeinen in Holzhütten mit einem Raum und einem Loch im Dach als Rauchabzug. Die Kinder gehen bestenfalls ein paar Jahre in die Schule, und Arbeit ist schwer zu finden. Sie haben täglich etwa 1200 Kalorien zu verzehren, berichtet die „New York Times“, und das sei weniger, als ein Drittel der amerikanischen Rationen —

London. Ab 1. Februar wird in England wegen der durch Dollarmangel erzeugten Einschränkung im Import anderer Lebensmittel die wöchentliche Fettration auf 224 Gramm pro Woche erhöht.

Washington. Nach dem, dem Kongreß vorliegenden Marshallplanbericht, würde 1952 der deutsche Konsum bei Zucker und Tabak 70 Prozent des Vorkriegsverbrauchs erreichen, bei Fleisch 60 Prozent, bei Fett, Öl und Käse 40 Prozent, bei Eiern 16 Prozent, Kaffee 15 Prozent, Kakao 20 Prozent, Tee 40 Prozent. Die Hausbrandversorgung werde noch weit unter dem Vorkriegsstand liegen.

Falls der Marshallplan in seiner ursprünglichen Form vom Kongreß angenommen wird, Hannover. Wie „Südena“ meldet, wurde auf einer Sondertagung des hannoverschen Stadtrates die Befürchtung ausgesprochen, im Falle der Durchführung der angekündigten Rationierung werde die Bevölkerung versuchen, sich die benötigten Lebensmittel durch Gewalt zu beschaffen. Der Kölner Oberbürgermeister Dr. Pünder erklärte, das Volk sei in einer so verzweifelten Stimmung, daß es eine Initiierung erwarte. — In der Bizonen soll in der 110. Zuteilungsperiode 50 Gramm Fett, in der 111. wahrscheinlich garkeins ausgegeben werden, um Rheinland-Westfalen besser versorgen zu können.

Düsseldorf. Ernährungsminister Lübke erklärte, vom Ausland könne nur dann bei direkten Verhandlungen Fett eingeführt werden, wenn der Welt-Fettausschuß hierzu seine Zustimmung gebe. Auf derselben Konferenz erklärte Brigadier Barckhug: General Robertson nehme an der gegenwärtigen Lage Anteil und sei sich über den Ernst der Lage im klaren, aber es handle sich um ein deutsches Problem.

Washington. Auf die Anregung eines Kongreßmitgliedes, Streiks mit Bajonetten zu unterdrücken, erklärte Kriegsminister Kenneth Royall, er würde es vorziehen, weniger brutale, aber ebenso wirksame Mittel anzuwenden, und die Lebensmittellieferung an die Verpflichtung zur Arbeit zu knüpfen.

Berlin. General Clay erklärte zu der augenblicklichen Lebensmittelpenurie in der Bizonen, es stünden in der amerikanischen Zone genug Lebensmittel zur Verfügung. Diese würden jedoch festgehalten, um die Deutschen dahin zu bringen, alle Lebensmittel, die gehortet und schlecht verteilt würden, einer gerechten Verteilung an die Bevölkerung zuzuführen — meldet „Nouvelles de France“.

München. Wie die amerikanische „Neue Zeitung“ berichtet, heißt es in einem Aufruf der vereinigten Ärzteschaft der amerikanischen Zone an endlossene Kriegsgefangene: „Hütet Euch vor fettgebackenen Speisen und fetten Gerichten! Weil Heimkehrer ihre Blüthe nicht gemäßig hätten, seien Schädigungen für das ganze Leben bei Hunderten von Heimkehrern sogar Krankheiten mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen gewesen.“

Berlin. Die Berliner Presse berichtet, daß im Februar vier neue Briefmarken zu zehn, fünfzehn, dreißig und fünfzig Pfennigen erscheinen werden, die 15–19. Marken dieser Reihe. Dazu kommt noch eine zwanzigste zu fünf Mark, die im Bild gezeigt und von der behauptet wird, alle vier Besatzungsmächte hätten durch die ebenfalls abgebildeten Unterschriften die Herausgabe solcher neuen einheitlichen Briefmarken für Deutschland genehmigt.

Unseres Wissens gehen diese Marken sämtlich nur in einer Trizone; für die Bizonen und die Ostzone.

Die Fünf-Mark-Marke zeigt zwei gefesselte Hände, die nach einer Friedenstaube greifen.

London. Salomon Grumbach, Delegierter beim „Komitee für internationale sozialistische Zusammenarbeit“, erklärte vor seiner Rückreise nach Paris, die Einberufung einer Konferenz der sozialistischen Parteien der am Marshallplan teilnehmenden Länder bedeute keine Antwort auf die „Kominform“ oder eine westliche Internationale. Der „Cominfo“ sei nach wie vor eine über alle fünf Erdteile verbreitete internationale Organisation.

Es verlautet, daß man auf der Londoner März-Konferenz auch nach Wegen suchen wird, unter dem Marshallplan gleichzeitig den Handelsverkehr zwischen West- und Osteuropa auszubauen. Wie der „Daily Worker“ erfährt, wollen die polnischen Sozialisten nach Warschau eine internationale Sozialistenkonferenz einberufen, um die Frage des Wiederaufbaus Europas ohne den Marshallplan erörtern zu lassen.

Köln. Unter der Überschrift „Bizonen oder Trizone?“ gibt der „Rheinische Merkur“ Äußerungen des rheinpfälzischen Ministers Dr. Stierheim wieder, in denen behauptet wird, es entriche dem Wunsch der Bevölkerung der französischen Zone, unter allen Umständen mit den angelsächsischen Zonen verbunden zu werden.

Uebrigens sagte er u. a., Politik und Wirtschaft ließen sich nicht trennen, und auch ein Wirtschaftsprovisorium könne die zukünftige politische Entwicklung maßgeblich beeinflussen.

Berlin. „Ohne vom Volk beauftragt zu sein und ohne selbst die eigene Parteimitgliedschaft gehört zu haben, hat ein Parteimitglied ehreigier Politiker einen Großteil Deutschlands buchstäblich verschacht.“ — Die Freilager in Frankfurt sollen ihres „Sieges“ im Schatten von zwei Besatzungsmächten nicht froh werden“, schreibt das „Neue Deutschland“, des Organ der SED.

Bremen. In einer Rede erklärte Dr. Schumacher: Wenn die Westmächte gegenüber der politischen Aggressivität der Ostzone etwas ungenügend, dann könne dies nur unter ihrer eigenen Verantwortung geschehen. Die SPD jedenfalls könne keinen Oststaat und keinen Weststaat anerkennen.

Berlin. In einer Versammlung im amerikanischen Sektor gab Jakob Kaiser bekannt, daß er eine Einladung zu der Ende Januar stattfindenden Luxemburger Tagung der christlichen Sozialisten Europas erhalten habe. Er werde ebenso wenig „nach dem Westen fallen“, wie er nach dem Osten gefallen sei.

SUDKURIER

Verantwortlicher Redaktionsausschuß: Hermann Dörflinger (CDU), Rudi Goguel (KPD), Herbert Goldscheider (SPD), Friedrich Munding (DPP), Hermann Flebing. — Verlag: Südkurier-Verlag GmbH — Druck: Druckerei Konstanz Fischmarkt 5

NEUE BÜCHER

Max Graf zu Solms, „Kritik der Nationalismen“, Sozialismus und Freiheit“, Zwei Aufsätze, H. Laupp'sche Buchhandlung, Tübingen.

Johannes Lang, „Die demokratische Einheitschule“, „Kulturbau“, Das Leipziger Volksbildungsmagazin 1946/47, Volk und Buch Verlag, Leipzig.

Fritz Heyer, „Der Schafbau“, Eine neue Schäferbetriebsreform, Verlag Karl P. Hofmann, Zella/Rhön.

Herbert Eulenberger, „Gefährliche Liebchaft“, Bekenntnisse einer Herzogin aus dem 18. Jahrhundert, Verlag Die Fahne, Düsseldorf. Seite 4 — F — Neue Bücher

Hermann Schneider, „ABC des kaufmännischen Schriftverkehrs“, Verlag Hermann Luchterhand, Berlin-Frohnau.

H. Levy, „Ein Weltbild für Menschen unserer Zeit“, Willi Webers Verlag, Essen-Steele.

Werner Gronwald, „Im großen Sturm“, Sechs Studien zu einem Werk: Werner Ackermann, „Matteotti besiegt Mussolini“, Schwedtfeger Verlag, Karlsruhe.

Johann Peter Hebel, „Die Geschichten vom Zundelfrieder und andere wahre Begebenheiten“, Frances Hodgson Burnetts, „Der kleine Lord“, Ein Jugendbuch, Hebel-Verlag, Baden-Baden.

Herbert Eulenberger, „Allmutter Maria“, Erzählung, Wilhelm Scharrer Verlag, „Die himmlische Wanderung“, Erzählung, Wladimir Kropotkin, „Der Wald raucht“, Erzählung, Iden Tietze, „Träume am Abgrund“, Roman, Hangüter Thebis, „Bern in Berlin“, Jugendbuch, Hermann Hübenner Verlag, Buxtehude.

Ruth Hoffmann, „Das goldene Seil“, Gedichte, „Dunkler Engel“, Gedichte, Paul List Verlag, Leipzig.

Walter Bloem, „Revolution der Weltkultur“, Selbstverlag Lübeck-Travemünde.

„Der Bayern-Kalender 1948“, Verlag Schnell & Steiner, München.